



# Antragsbuch

3. Landeskongress 2024

# **DIE TAGESORDNUNG zum 2. Landeskongress 2024**

Als Tagesordnung schlägt der Landesvorstand vor:

**FREITAG, 8. November 2024**

**Beginn des Kongresses um 18 Uhr**

TOP 1: Eröffnung durch die Landesvorsitzende

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 3: Wahl eines Tagungspräsidiums

TOP 4: Wahl einer Protokollführung

TOP 5: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 6: Wahl einer Zählkommission

TOP 7: Bericht der Landesvorsitzenden

TOP 8: Bericht des Landesschatzmeisters

TOP 9: Aussprache zu den Berichten

TOP 10: Ggf. Nachwahlen zum Landesvorstand

*Unterbrechung des Kongresses um 21 Uhr.*

**SAMSTAG, 9. November 2024**

**Fortsetzung des Kongresses um 11 Uhr**

TOP 11: Grußworte

TOP 12: Beratung über Anträge zur Änderung der Landessatzung

TOP 13: Antragsberatung

TOP 14: Schlusswort der Landesvorsitzenden

*Ende des Landeskongresses um 18:00 Uhr.*

## Kongressleitfaden

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem, um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin – deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

### Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

## Wahlen

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wahlbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

## Wortbeiträge

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

## Zwischenfragen

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

## Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BUKos unter [julis.de](http://julis.de). Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

## Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis, mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran- setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

## Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass:

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihrer Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- emand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihrer Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

## **Rechenschaftsbericht der Ombudspersonen zum 3. Landeskongress 2024**

Liebe JuLis,

wir freuen uns, euch über die aktuelle Lage im Verband zu informieren. Als

Ombudspersonen sind wir sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit und dem Klima im Verband. Seit dem letzten Landeskongress gab es keinerlei Vorfälle, was für die hervorragende Zusammenarbeit und den respektvollen Umgang im Verband spricht.

Auf dem letzten Bundeskongress in Hildesheim haben wir uns mit anderen Ombudspersonen aus verschiedenen Landesverbänden ausgetauscht und über die Situation in den jeweiligen Bundesländern sowie auf Bundesebene gesprochen. Zudem sind wir Teil des Gremiums, das den JuLi Code of Conduct auf Bundesebene erarbeitet.

Neben der Vermittlung bei internen Konflikten ist es unsere Aufgabe, die Umsetzung der Beschlüsse durch den Landesvorstand zu überwachen. Seit dem letzten Landeskongress wurden alle Beschlüsse des Landesverbandes vollständig umgesetzt, und wir haben keine Hinweise oder Beschwerden über die Arbeit des Landesvorstands erhalten. Solltet ihr dennoch Anliegen haben, zögert bitte nicht, euch jederzeit an uns zu wenden.

Eure Evelyn und euer Nassim

## Anträge

### Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
01	Außenpolitische Grundsätze: Freiheit durch Stärke Landesvorstand	3
02	frei, freier, Sexarbeit! BV Mitte	10
03	Wehrpflicht 2.0 BV Reinickendorf	12
04	Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot BV Mitte	14
05	Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen BV TS	16
06	Die Bürgerversicherung durch die Hintertür stoppen – für eine Absenkung der allgemeinen Versicherungspflichtgrenze BV FKN	19
07	Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit BV LiMaH	21
08	Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen BV Pankow	22
09	Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten BV SZ	23
10	Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen! BV Pankow	24
11	Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen BV TS	25
12	Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Ioana Cristina Turbatu, Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Phillip Proske, Laurent Putzier	32
13	Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse Alexander Kobuss	33
14	Die Gedanken sind frei – für ein bundesweites Betätigungsverbot des China- Scholarship-Council an Hochschulen BV Mitte	36
15	Für einen attraktiven Soldatenberuf LAK Außen	37
16	Sichere Radwege ohne ideologische Barrieren BV LiMaH	39
17	Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus BV LiMaH	42
18	Kein grünes Licht für Blau-Macher BV TS	44
19	Demokraten verbinden – Eine Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Taipeh BV TS	45



3. Landeskongress 2024 der Jungen Liberalen Berlin - Präsentations- und Versammlungssystem  
Rathaus Steglitz, Raum 301, Schloßstraße 37, 12163 Berlin, 8.11.2024 - 9.11.2024

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
20	Ein Fahrradsanktionsmarathon für Berlin Philip Schmidt	47
21	Gefallenendenkmal für den Afghanistan-Einsatz in das Herz der Hauptstadt Philip Schmidt	48
22	Mit fliegenden Fahnen BV Reinickendorf	49
23	Leistungsorientierte Verwaltung - mehr PS, weniger Gewicht BV Reinickendorf	50
24	VW aus den Fesseln des Staats befreien BV FKN	52
25	Ärztliche Versorgung statt Bürokratiewahnsinn BV FKN	53

# Antrag 01: Außenpolitische Grundsätze: Freiheit durch Stärke

Laufende Nummer: 160

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Die Versammlung möge beschließen:

## 1 Außenpolitische Grundsätze: Freiheit durch Stärke

2

3 Deutschland ist ein starkes, erfolgreiches und vor allem freies Land. Als drittgrößte  
4 Volkswirtschaft der Welt, bevölkerungsreichstes Land der EU und wirtschaftsstärkste  
5 Nation Europas ist Deutschland in vielerlei Hinsicht eine relevante internationale  
6 Macht. Die daraus resultierenden Verantwortungen, gemeinsam mit unseren Verbündeten  
7 für eine sichere und freiere Welt einzustehen, nimmt Deutschland jedoch weder  
8 diplomatisch, noch militärisch in hinreichender Weise wahr. Als Bundesrepublik wurden  
9 und werden wir durch die Vereinigten Staaten militärisch geschützt, haben uns jedoch  
10 zugleich in Abhängigkeiten von den Autokraten in Moskau und Peking begeben. In  
11 Zukunft muss Deutschland sowohl realpolitisch als auch wertepolitisch stärker werden.  
12 Konkret soll sich die deutsche Außenpolitik an drei Leitlinien orientieren:

13 **1. Mehr Verantwortung übernehmen.** Als erfolgreiche Demokratie hat Deutschland eine  
14 natürliche Verantwortung. Wir können nicht von anderen Ländern, vor allem den  
15 USA, erwarten, unsere Sicherheit zu gewährleisten. Deutschland muss in der Lage  
16 sein, sich selbst zu verteidigen, einen wertvollen Beitrag zur Nato zu leisten  
17 und bei der Wahrung der internationalen Ordnung eine aktivere Rolle zu  
18 übernehmen.

19 **2. Klare Vertretung außenpolitischer Interessen.** Die Regierung muss deutsche  
20 Interessen auf diplomatischen Wegen durchsetzen - das funktioniert nur durch  
21 starke Bündnispartner sowie reale militärische und wirtschaftliche Macht.  
22 Zugleich dürfen nicht kurzfristige Ziele über unsere Werte und langfristigen  
23 Interessen gestellt werden. Der Bau der NordStream Pipelines war hierfür das  
24 beste Beispiel.

25 **3. Freiheit und Souveränität schützen.** Die Freiheit zu verteidigen und unsere  
26 historische Verantwortung zu respektieren ist das oberste Ziel. Die größte Lehre  
27 aus dem Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust und den weitere von Nazi-Deutschland  
28 begangenen Kriegsverbrechen ist nicht "nie wieder Krieg". Pazifismus hilft  
29 nur ruchlosen Autokraten. Wir müssen entschlossen auf der Seite der Freiheit  
30 stehen.

31

## 32 Unsere außenpolitischen Prioritäten und Ziele

33 Die drei großen außenpolitischen Herausforderungen sind die reale Bedrohung durch  
34 Russland, ein instabiler, von Islamismus geprägter Naher Osten und der Machtanspruch  
35 Chinas. Deutschlands neue Außenpolitik muss sich klar auf diese Probleme fokussieren  
36 und dementsprechend priorisieren.

37

## 38 1. Das russische Regime als andauernde Gefahr

39 Die deutsche Russlandpolitik war nicht nur naiv, sondern für viele Menschen zum  
40 Beispiel in der Ukraine tödlich. Deutschland hat die Aufnahme von Georgien und der  
41 Ukraine in die Nato verhindert, durch seine Energiepolitik die russische Kriegskasse  
42 gefüllt und sich jahrelang geweigert, der Ukraine notwendige Waffen zu liefern. Die  
43 Ampel hat diese gescheiterte Politik nach der russischen Invasion teilweise  
44 revidiert. Die Unterstützung der Ukraine ist aber immer noch mangelhaft. Es besteht  
45 die reale Gefahr, dass Deutschland wieder Ideen wie die Minsker Verträge in Erwägung  
46 zieht. Deshalb fordern wir:

- 47 • **die Aufhebung der Einschränkungen für die ukrainische Armee.** Die Nutzung  
48 westlicher Waffensysteme durch die Ukraine darf nicht länger beschränkt werden.  
49 Ukrainische Streitkräfte sollen berechtigt sein, Ziele in Russland mit allen  
50 Waffengattungen anzugreifen. Weder Deutschland noch andere westliche Staaten  
51 würden dadurch zur Kriegspartei.
- 52 • **die dauerhafte Bewaffnung der Ukraine.** Deutschland soll der Ukraine langfristig  
53 und verstärkt militärische Unterstützung zusichern. Die finanziellen Mittel aus  
54 eingefrorenen russischen Vermögenswerten sind dafür unzureichend. Aktuell muss  
55 die Unterstützung der Ukraine die größte verteidigungspolitische Priorität sein.
- 56 • **eine Ausweitung der Waffenlieferungen.** Deutschland muss unverzüglich zusätzliche  
57 Waffensysteme, einschließlich des Taurus-Marschflugkörpers, an die Ukraine  
58 liefern. Gleichzeitig soll sich Deutschland für die Stärkung der ukrainischen  
59 Luftwaffe einsetzen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten an deutschen  
60 Waffensystemen intensivieren.
- 61 • **die maximale Verschärfung der Sanktionen gegen Russland.** Wir lehnen jegliche  
62 Lockerung der Sanktionen gegen Russland ab. Stattdessen fordern wir ein  
63 vollständiges Handelsembargo sowie die vollständige Übertragung der  
64 eingefrorenen russischen Vermögenswerte an die Ukraine.
- 65 • **die Stärkung der Nato durch die dauerhafte Stationierung von Truppen an der**  
66 **Ostflanke und neue US-Raketen in Deutschland.** Die beschlossene Stationierung von  
67 US-Langstreckenwaffen dient der Abschreckung gegenüber Russland - sie darf keine  
68 innenpolitische Verhandlungsmasse werden. Das Gleiche gilt für die Stationierung  
69 von Truppen an der Ostflanke der Nato, deshalb begrüßen wir den Aufbau der  
70 deutschen Brigade in Litauen.
- 71 • **Solidarität mit der Freiheitsbewegung in Georgien.** Als EU-Beitrittskandidat und  
72 gleichzeitig von Russland teilweise besetzter und stark beeinflusster Staat ist  
73 eine engere Bindung von Georgien an den Westen von hoher Bedeutung. Die pro-  
74 russische Regierung profitiert von der Sanktionsumgehung und dem Handel mit  
75 Russland. Die Finanzierung von Infrastrukturprojekten durch die Europäische  
76 Entwicklungsbank, die maßgeblich zur Sanktionsumgehung beitragen, müssen sofort  
77 eingestellt werden. Zugleich muss die Regierung und die sie unterstützenden  
78 Oligarchen stark sanktioniert werden, wenn sie den Rechtsstaat weiter angreifen.

## 79 **2. Naher Osten - Nahe Bedrohungen**

80 Die Bedrohungen aus dem Nahen Osten sind sehr real. Krieg dort führt zu großen  
81 Flüchtlingsbewegungen Richtung Europa. Der Islamismus kennt keine Grenzen und tötet  
82 sowohl im Nahen Osten als auch mitten in Europa. Um für mehr Stabilität und Freiheit  
83 im Nahen Osten fordern wir:

84 • **das Ende jeglicher Appeasement Politik gegenüber der Islamischen Republik Iran.**  
85 Das islamistische Mullah Regime will Israel vernichten und seinen Einfluss im  
86 ganzen Mittleren Osten durch den schiitischen Halbmond ausweiten. Der Atom-Deal  
87 war ein historischer Fehler, der dem Iran die finanziellen Möglichkeiten gegeben  
88 hat, überall in der Region Krieg zu führen. Die Sanktionen gegen den Iran müssen  
89 maximal verschärft werden. Wenn Israel oder andere Staaten aufgrund einer akuten  
90 Bedrohungslage entscheiden, das iranische Atomprogramm anzugreifen, sollte  
91 Deutschland das diplomatisch unterstützen.

92 • **Israel konsequent zu unterstützen.** Der einzige jüdische Staat der Welt ist  
93 zugleich die einzige Demokratie und das einzige freie Land im Nahen Osten.  
94 Israel ist seit seiner Gründung ständig Angriffen von außen und Terrorakten im  
95 Inneren ausgesetzt. Wir unterstützen Israels Recht, sich zu verteidigen und  
96 seine Sicherheit herzustellen. Das ist für uns deutsche Staatsräson.  
97 Waffenlieferungen müssen dementsprechend eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn  
98 einzelne Minister diese aufhalten, sind sie für uns nicht länger tragbar.  
99 Zugleich muss Deutschland endlich entschlossen gegen alle antiisraelischen  
100 Resolutionen in der UN stimmen. Die dortige Ungleichbehandlung ist eine Form von  
101 Antisemitismus. Zusätzlich soll Deutschland seine Botschaft in die israelische  
102 Hauptstadt Jerusalem verlegen und die Golanhöhen als Teil Israels anerkennen.

103 • **keinen Cent an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im**  
104 **Nahen Osten (UNRWA) zu zahlen.** Einer Reihe von Mitarbeitern wurde die  
105 Verwicklung in den Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 nachgewiesen.  
106 Antisemitismus innerhalb der UNRWA war davor bereits an der Tagesordnung.  
107 Grundsätzlich bedarf es einer vollständigen Neuordnung, wie sogenannte  
108 "palästinensische Flüchtlinge" behandelt werden. Sie sind die einzige Gruppe von  
109 Flüchtlingen, die ein eigenes UN-Flüchtlingswerk haben und die ihren  
110 Flüchtlingsstatus vererben. Dieser Sonderstatus muss beendet und das UNRWA  
111 aufgelöst werden. Dementsprechend liegt es in der Verantwortung der arabischen  
112 Staaten, diese Menschen endlich in ihre Gesellschaften zu integrieren.

113 • **die Abraham Accords zu unterstützen.** Die Annäherung zwischen Israel und den  
114 Golfstaaten stellt eine große Chance dar. Deutschland sollte diese unterstützen  
115 und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Golfstaaten auch teilweise davon  
116 abhängig machen.

117 • **islamistischen Terror zu bekämpfen.** Die Zeit von großangelegten westlichen  
118 Militäreinsätzen im Kampf gegen den Terror ist vorbei und hatte zum Teil sehr  
119 ernüchternde Ergebnisse. Die islamistische Bedrohung ist aber nicht  
120 verschwunden. Deutschland soll in Zukunft lokale Partner wie die kurdisch  
121 geführten Syrian Democratic Forces unterstützen. Der Kampf gegen ISIS hat einen  
122 Vorbildcharakter.

### 123 **3. Die westliche Ordnung gegen China verteidigen**

124 Die Volksrepublik China hat den Kurs der Liberalisierung verlassen. Das autoritäre  
125 Regime der Kommunistischen Partei unterdrückt nicht nur die Uiguren, die Tibetaner  
126 und die freiheitsliebenden Menschen in Hongkong, sondern versucht, die Weltordnung zu  
127 seinen Gunsten zu verändern. Um das zu verhindern, sollte Deutschland:

128 • **Taiwan unterstützen.** Deutschland sollte seine Beziehung mit Taiwan weiter

129 ausbauen und freien Handel anstreben. Wenn von taiwanesischer Seite gewünscht,  
130 sollte die Bundesrepublik Taiwan als Staat anerkennen. Zusätzlich unterstützen  
131 wir Waffenlieferungen an das bedrohte Taiwan.

- 132 • **den USA den Rücken frei zu halten.** Deutschland und andere europäische Länder  
133 müssen das imperialistische Russland aktiv eindämmen. Das ist unser sinnvollster  
134 Beitrag, um China abzuschrecken. Die negativen Konsequenzen für Aggressoren  
135 werden dadurch aufgezeigt und die USA können ihre militärischen Ressourcen  
136 stärker auf den Pazifikraum und insbesondere China konzentrieren.
- 137 • **die Vernetzung der von China bedrohten Staaten im Pazifikraum forcieren.** Ein  
138 Fokus der diplomatischen und militärischen Bemühungen Deutschlands sollte eine  
139 engere Zusammenarbeit mit und Förderung der Zusammenarbeit unter den alliierten  
140 Staaten der Region sein.
- 141 • **die Abhängigkeit von China durch mehr Freihandel senken.** Um die Klumpenrisiken  
142 im Welthandel zu senken, sollte Deutschland eine größere Diversifizierung seiner  
143 Handelspartner anstreben. Insbesondere die Bedeutung des chinesischen  
144 Absatzmarktes für die deutsche Automobilindustrie stellt hierbei eine Bedrohung  
145 dar. Auch Abhängigkeiten im Import wichtiger Güter stellen ähnliche Risiken dar,  
146 so z.B. Medizinprodukte. Daher sollten Freihandelsabkommen mit den USA und  
147 anderen Staaten angestrebt werden.
- 148 • **proaktiv gegen Spionage vorgehen.** China hat in den vergangenen Jahren seine  
149 Spionageaktivität in Deutschland massiv ausgebaut und geht inzwischen weit über  
150 reine Industriespionage hinaus. Eine Verschärfung des Straftatbestandes der  
151 geheimdienstlichen Agententätigkeit ist daher absolut notwendig. Ebenfalls  
152 fordern wir eine Transparenz- und Genehmigungspflicht, analog zum amerikanischen  
153 Foreign Agents Registration Act.

154

### 155 **Maßnahmen für eine schlagkräftige Außenpolitik**

156 Die zuvor beschriebenen außenpolitischen Ziele lassen sich nur durch konkrete  
157 Maßnahmen erreichen. Wir brauchen endlich eine funktionierende Bundeswehr und echte  
158 diplomatische Stärke. Zugleich müssen unsere Wirtschaftskraft und unsere  
159 Entwicklungspolitik genutzt werden, um unsere Interessen wirkungsvoll zu vertreten.

160

#### 161 **1. Eine funktionierende Bundeswehr**

162 Um unserer Verantwortung gerecht zu werden, die Verteidigung Deutschlands  
163 sicherzustellen und unsere außenpolitischen Ziele zu erreichen, braucht Deutschland  
164 eine funktionierende Bundeswehr. Deshalb fordern wir:

- 165 • **mindestens 3% des BIP aus dem Kernhaushalt für die Bundeswehr oder die**  
166 **militärische Unterstützung von Verbündeten bereitstellen.** Die Verteidigung des  
167 eigenen Staatsgebiets sicherzustellen ist neben der Inneren Sicherheit, die  
168 wichtigste Aufgabe des Staates. Nur durch eine substantielle Erhöhung der  
169 Ausgaben kann das sichergestellt werden und Deutschland seinen internationalen  
170 Verpflichtungen gerecht werden.
- 171 • **militärische Kapazitäten erhöhen.** Mit immer stärker werdenden Bedrohungen für die  
172 Weltordnung gewinnt auch für Deutschland die Verteidigung des maritimen Raumes

173 und Luftraumes an Bedeutung. Im Zuge dessen wird ein Ausbau der deutschen  
174 militärischen Fähigkeiten in diesem Bereich notwendig. Konkret fordern wir einen  
175 stärkeren Beschaffungsfokus auf Drohnen über alle Teilstreitkräfte hinweg. In  
176 diesem Zug sollte die Wiederaufnahme des Kaufs von Drohnen der Klasse Pegasus  
177 angestrebt werden. Um für aufgrund sich verschiebender Machtverhältnisse eine  
178 ausreichende Abschreckungswirkung im Pazifikraum und dem arktischen Ozean zu  
179 erreichen, fordern wir den Aufbau einer deutschen Atom-U-Boot-Klasse sowie  
180 deutscher Flugzeugträger, sofern diese als Ergebnis einer Evaluation als  
181 strategisch sinnvoll eingestuft werden.

182 • **die militärische Zusammenarbeit in der EU zu erweitern.** Obwohl die militärischen  
183 Gesamtausgaben von EU Mitgliedsstaaten mit über 200 Mrd. jährlich ein hohes  
184 Gesamtvolumen aufweisen, fällt die daraus gewonnene Wehrhaftigkeit gering aus.  
185 Um eine höhere Ausgabeneffizienz zu erzielen, soll es eine enge gemeinsame  
186 europäische Kooperation im militärischen Beschaffungswesen geben. Ebenfalls  
187 unterstützen wir das Bestreben nach einer modernen und umfassenden gemeinsamen  
188 europäischen Luftabwehr sowie eines gemeinsamen nuklearen Schutzschirms. Auf  
189 strategischer Ebene sollte ein höheres Maß an Interoperabilität der nationalen  
190 europäischen Armeen angestrebt werden. Eine gemeinsame europäische Armee lehnen  
191 wir ab.

192 • **einen Nationalen Sicherheitsrat zu schaffen.** Um die außen- und  
193 sicherheitspolitische Koordinierung und nachrichtendienstliche Erkenntnisse  
194 zusammenzuführen, soll im Bundeskanzleramt ein Nationaler Sicherheitsrat  
195 angesiedelt werden.

## 196 2. Diplomatie als deutsche Stärke

197 Teile der deutschen Politik lehnen es ab, die Bundeswehr zu stärken oder unsere  
198 Wirtschaftskraft für unsere Interessen einzusetzen. Sie berufen sich auf unsere  
199 diplomatischen Fähigkeiten. Diplomatie ist mitunter das wichtigste Werkzeug der  
200 Außenpolitik. Diese muss jedoch unweigerlich aus einer Position der militärischen  
201 Stärke heraus erfolgen. Beispielhaft dafür sind die diplomatischen Fehlschläge der  
202 letzten Jahre, welche eine Geschichte des Versagens erzählen. Um die deutsche  
203 Diplomatie glaubhaft und langfristig erfolgreich zu halten, fordern wir konkret:

204 • **die Finanzierung der UN zu reduzieren.** Deutschland soll seine Zahlungen an die  
205 UN deutlich reduzieren. UN Strukturen sind oft ineffizient und in Teilen  
206 strukturell antisemitisch.

207 • **einen Austausch wichtiger Berater.** Weite Teile des deutschen "foreign policy  
208 establishments" sind gescheitert. Sie haben Appeasement gegenüber dem Iran und  
209 vor allem Russland betrieben. Konkret fordern wir die sofortige Entlassung von  
210 Jens Plötner.

211 • **die Qualität des diplomatischen Dienstes zu erhalten.** Der von Annalena Baerbock  
212 abgeschaffte Allgemeinbildungstest sowie der psychologische Eignungstest sollen  
213 wieder eingeführt werden.

214 • **die starke transatlantische Partnerschaft schützen.** Die USA sollen Deutschlands  
215 engster Partner bleiben. Die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit soll die

216 transatlantische Zusammenarbeit auf eine neue Stufe heben, sie aber nicht  
217 gefährden. Politische Initiativen in Europa, die sich gegen die USA richten,  
218 lehnen wir klar ab.

- 219 • **neue Grundsätze bei Waffenlieferungen.** Lieferungen an Nato und EU-Mitglieder  
220 sowie einige gleichgestellte Partner sind und bleiben unproblematisch. Das  
221 Prinzip, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, ist hingegen ein schwerer  
222 Fehler. Spätestens die jahrelang fehlende Unterstützung der Ukraine hat das  
223 gezeigt. Besonders bedrohte Demokratien sollten von Deutschland mit Waffen  
224 beliefert werden können. Insgesamt sollen sich Waffenlieferungen an unseren  
225 strategischen Zielen orientieren und müssen politisch legitimiert sein. Konkret  
226 schlagen wir vor, eine White-List einzuführen, auf der solche Staaten stehen, an  
227 die vereinfacht Waffen geliefert werden dürfen.
- 228 • **die Finanzierung von anti-westlichen ThinkTanks zu beenden.** Das pro-iranische  
229 Carpo Center wurde mit über 2 Millionen Euro Steuergeld gefördert. Dem  
230 Auswärtigen Amt fehlt offenkundig die Expertise und das moralische Rückgrat,  
231 richtige Förderentscheidungen zu treffen. Alle existierenden Programme müssen  
232 deshalb evaluiert werden. Solche massiven staatlichen Fehler bestätigen uns auch  
233 darin, Ideen wie ein Demokratiefördergesetz abzulehnen.

234

### 235 3. Wirtschaftliche Stärke nutzen

236 Um unsere außenpolitischen Ziele verwirklichen zu können, muss auch unser  
237 wirtschafts- und entwicklungspolitisches Engagement mit diesen Hand in Hand gehen.  
238 China setzt seine Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gezielt ein, um seine  
239 außenpolitischen Interessen durchzusetzen und andere Länder wirtschaftlich von sich  
240 abhängig zu machen. Als westliche Welt müssen wir dazu ein Gegengewicht setzen. Daher  
241 fordern wir:

- 242 • **eine Eingliederung des Entwicklungsministeriums in das Außenministerium.** Derzeit  
243 sind neben dem BMZ das Auswärtige Amt, das Bundeswirtschaftsministerium, das  
244 Bundesfinanzministerium und weitere 11 Ressorts an der  
245 Entwicklungszusammenarbeit beteiligt. Jedes Ressort unterhält eigene Programme,  
246 die teilweise überlappend nebeneinander agieren. Um Ressourcen zu sparen und  
247 diese so effizient wie möglich zu nutzen, sollen diese in einen Unterbereich des  
248 Auswärtigen Amts überführt werden.
- 249 • **eine Stärkung des Privatsektors in der Entwicklungshilfe.** Im Zuge einer  
250 Neustrukturierung der Entwicklungspolitik sollte ein größerer Fokus auf den  
251 Einbezug des Privatsektors gelegt werden. Durch gezielte Anreize sollen sich  
252 insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen stärker an der  
253 Entwicklungshilfe beteiligen können.
- 254 • **Mikrokreditprogramme gezielt einzusetzen.** Trotz einiger Fehlentwicklungen in der  
255 Vergangenheit ermöglichen sie es, Menschen sich wirtschaftlich zu verwirklichen  
256 und ihren Lebensunterhalt zu sichern, ohne auf staatliche Bürokratie und  
257 korrupte Vermittler angewiesen zu sein. Insbesondere die Zusammenarbeit mit  
258 Frauen hat sich dabei als erfolgreich herausgestellt und sollte im Vordergrund  
259 stehen.
- 260 • **mehr Handlungsfähigkeit vor Ort.** Oft wissen die Verantwortlichen vor Ort besser,

261 an welchen Stellen Ressourcen benötigt werden bzw. mit welchen Organisationen  
262 man am besten zusammenarbeitet. Um daher eine höhere Effizienz der Mittel zu  
263 gewährleisten, sollen die Botschaften in den Partnerländern mehr Verantwortung  
264 für Planung, Durchführung und Mittelvergabe erhalten.

265 • **eine Konzentration der Entwicklungsleistungen und Langfristigkeit von Projekten.**

266 Derzeit besteht ein Teil der entwicklungspolitischen Leistungen aus sowohl  
267 zeitlich als auch finanziell kleinen Projekten. Dies führt dazu, dass einerseits  
268 an deren Langfristigkeit gezweifelt werden kann. Andererseits begrenzt sich die  
269 Fähigkeit, Deutschlands dadurch als internationaler Akteure in der  
270 Entwicklungshilfe wahrgenommen zu werden. Daher fordern wir, unser  
271 entwicklungspolitisches Engagement stärker auf einzelne Projekte zu  
272 konzentrieren, die mit unseren außenpolitischen Zielen im Einklang stehen. Dies  
273 würde den Entwicklungszusammenarbeitsanteil Deutschlands am  
274 Entwicklungszusammenarbeitsgesamtbudget seiner Partnerländer erhöhen, was mit  
275 einem stärkeren Einfluss auf das Agenda-Setting und einer erhöhten Nützlichkeit  
276 bei der Politikimplementierung verbunden ist. Insbesondere im Bereich der  
277 Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung in den Partnerländern hat  
278 Deutschland in den letzten Jahren schlecht abgeschnitten. Daher sollte dieser  
279 Bereich auf seine Effektivität überprüft werden.

280 • **die Betonung einer genauen Einhaltung von Vertragspflichten durch Partnerländer.**

281 Entwicklungszusammenarbeit kann nur gelingen, wenn das Verhältnis zwischen  
282 Deutschland und seinen Partnerländern auf Vertrauen beruht. Damit geht einher,  
283 dass, wenn dies nicht mehr der Fall ist, darauf Konsequenzen in Form von  
284 Kürzungen oder Streichungen folgen müssen. Beispielsweise sollte mangelnde  
285 Zusammenarbeit in der Vereinbarung von Rückführungsabkommen die Streichung  
286 sämtlicher Entwicklungsgelder zufolge haben.

287 • **eine Öffnung unseres Marktes.** Langfristig besteht die beste Entwicklungspolitik  
288 darin, dass die entsprechenden Länder wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen  
289 können. Momentan können viele insbesondere afrikanische Länder nicht in die EU  
290 exportieren, weil sie Standards im Bereich der Prozessabläufe nicht einhalten  
291 können, obwohl die Produkte, zu denen in der EU, qualitativ identisch sind.  
292 Deswegen wollen wir qualitativen Produktstandards anstelle von Prozessstandards  
293 und äußerlichen Standards an Erzeugnisse für den Import anlegen.

294 • **die Absenkung der Entwicklungshilfe auf den Durchschnitt der G7.** Solange die  
295 deutsche Entwicklungshilfe noch ineffektiv abläuft und unseren außenpolitischen  
296 Zielen nicht hinreichend hilft, soll sie abgesenkt werden. Langfristig  
297 unterstützen wir ein höheres Budget. Zugleich soll das Lieferkettengesetz  
298 abgeschafft werden. Es schadet der deutschen Wirtschaft und liefert keinen  
299 wertvollen außenpolitischen Beitrag.

## Begründung

erfolgt mündlich.



## Antrag 02: frei, freier, Sexarbeit!

Laufende Nummer: 161

Antragsteller\*in:

BV Mitte

Die Versammlung möge beschließen:

1 Als Liberale ist uns die Selbstbestimmung ein zentrales Anliegen. Dies schließt die  
2 sexuelle Selbstbestimmung uneingeschränkt mit ein, einschließlich der freien  
3 Entscheidung über die Ausübung von Sexarbeit. Deswegen sprechen wir uns als Junge  
4 Liberale Berlin ganz klar gegen Sexkaufverbote oder anderen Formen der  
5 Kriminalisierung, wie das „Schwedische Modell“, aus. Denn diese drängen die  
6 Sexarbeitenden in die Kriminalität, wodurch selbstbestimmte Sexarbeit und  
7 menschenwürdige Arbeitsbedingungen nur noch schwerer sicherzustellen sind.

### 8 **Für Selbstbestimmung und gegen Kriminalisierung**

9 Die derzeitige Regulierung der Sexarbeit zielt zwar darauf ab, Sexarbeitende vor  
10 Ausbeutung zu schützen, verfehlt jedoch oft die Realität. Insbesondere erschwert sie  
11 die Arbeit nur für diejenigen, die diesem Beruf freiwillig nachgehen. Dies muss sich  
12 ändern. Jedes Jahr sind Sexarbeitende dazu verpflichtet, an gesundheitlichen  
13 Beratungen teilzunehmen. Diese Beratungsgespräche sind zum Teil nicht nur  
14 stigmatisierend, sondern vermitteln Menschen, die im Sexgewerbe tätig sind, keinerlei  
15 neue Informationen. Daher fordern wir als Junge Liberale Berlin, dass die  
16 Verpflichtung, an diesen Schulungen teilzunehmen, vollständig entfällt.  
17 Gesundheitliche Beratungen sollen als freiwilliges Angebot weiterhin bestehen  
18 bleiben. Zusätzlich zu den gesundheitlichen Beratungen müssen Sexarbeitende alle  
19 zwei Jahre ihre Anmeldebescheinigung, auch „Hurenpass“ genannt, verlängern lassen.  
20 Nicht nur enthält, dieser keinerlei Informationen abgesehen von einem Passfoto,  
21 sondern viele Sexarbeitende fühlen sich bei dem Mitführen der Bescheinigung  
22 diskriminiert. Der Pass dient in keinsten Weise dem Schutz von Sexarbeitenden. Ganz  
23 im Gegenteil, da Betroffene von beispielsweise Zwangsprostitution in der Regel nicht  
24 angemeldet sind, wenden sie bei Übergriffen weniger an Behörden, da sie eine Strafe  
25 befürchten. Deswegen setzen wir uns für die Abschaffung des „Hurenpass“ ein. Darüber  
26 hinaus sollen Personen, die der Prostitution nur nebenberuflich und im geringen Maße  
27 nachgehen, nicht mehr unter die strengen Aufgaben des Prostituiertenschutzgesetz  
28 fallen. Obwohl Bordelle für Sexarbeitende eine der sichersten Orte sind, ihre Arbeit  
29 durchzuführen, sind sie am stärksten reguliert und erfahren am häufigsten Prüfungen  
30 durch Behörden. Sexarbeitende, die ihre Dienstleistung hingegen alleine in Wohnungen  
31 anbieten, laufen eine höhere Gefahr ausgenutzt zu werden. Deswegen sollen die  
32 Ressourcen der Behörden in Zukunft bei Einrichtungen, die in der Vergangenheit wenig  
33 bis gar keine Auffälligkeiten gezeigt haben, eingespart werden.

### 34 **Zwangsprostitution bekämpfen**

35 Wie in jeder Branche, gibt es auch im Bereich der Sexarbeit schwarze Schafe. Anstatt  
36 jedoch die gesamte Branche als Kollektiv zu bestrafen, muss explizit gegen Personen,  
37 die die Notlage von Sexarbeitenden ausnutzen, schärfer vorgegangen werden. Derzeit  
38 wird die Ausnutzung einer Person im Rahmen von Prostitution weniger stark bestraft,  
39 als wenn beispielsweise an einer Person gegen ihren Willen sexuelle Handlungen verübt  
40 werden. Diesem Missverhältnis muss ein Ende gesetzt werden. Es kann nicht sein, dass

- 41 ein Vergehen im Bereich der Zwangsprostitution weniger stark geahndet wird. Die  
42 Strafbarkeit nach § 181a StGB sollte auch auf Einzelfälle ausgeweitet werden, da  
43 bereits die einzelne Ausbeutung oder Überwachung einer Person, die der Prostitution  
44 nahegeht, zum eigenen Vermögensvorteil eine erhebliche Grenzüberschreitung darstellt.  
45 In Deutschland ist es derzeit nur strafbar, wenn die Beziehung zu der betroffenen  
46 Person über den Einzelfall hinausgeht.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 03: Wehrpflicht 2.0

Laufende Nummer: 162

Antragsteller\*in: BV Reinickendorf

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 **Wehrpflicht 2.0**

2 Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Krieg endgültig zurück in Europa.  
3 Deutschland muss hierbei uneingeschränkt zu seinen freiheitlichen Werten und  
4 Bündnispartnern stehen und dabei einen Beitrag zur internationalen Sicherheit, der  
5 Souveränität des Westens sowie der Landes- und Bündnisverteidigung leisten. Nur dann  
6 werden wir und unsere freiheitliche Lebensweise auf lange Sicht Bestand haben können.

7 Derzeit kommt es weltweit zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse. So gewinnt mit  
8 der Volksrepublik China ein Land mehr und mehr an Einfluss, das einzig die Interessen  
9 der Führung der Kommunistischen Partei verfolgt und dabei nicht davor zurückschreckt,  
10 seine eigene Bevölkerung zu steuern, einen militärischen Konflikt mit seinen  
11 geographischen Nachbarn zu beginnen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer  
12 Staaten einzumischen. Die chinesische Regierung übt Druck auf Mitgliedsstaaten der  
13 Europäischen Union aus, nimmt Einfluss auf die internationale Presse und macht eine  
14 Vielzahl von Ländern von sich abhängig, sodass diese in Zukunft drohen, von Peking  
15 aus ferngesteuert zu werden.

16 Auch das Verhältnis von Deutschland und der EU zu Russland ist seit dem Krieg in der  
17 Ukraine richtigerweise auf einem absoluten Tiefpunkt angekommen. Seit dem Einmarsch  
18 in Georgien und der Annexion der Krim gab es für die baltischen Staaten und ebenso  
19 für die skandinavischen Staaten Grund zur Verunsicherung. Diese Verunsicherungen sind  
20 mittlerweile in begründete Sorgen umgeschlagen. Die russische Armee übt regelmäßig  
21 die Einnahme des Baltikums. Die Sicherheit dieser Staaten hängt entscheidend von der  
22 NATO und der jeweils eigenen Verteidigungsfähigkeit ab. So verdoppelte beispielsweise  
23 Schweden seinen Wehretat innerhalb der letzten Jahre und ist mittlerweile Mitglied  
24 der NATO, womit es sich von seiner einstigen Neutralität auf historische Art und  
25 Weise verabschiedet hat. Ebenso ist Finnland dem Verteidigungsbündnis beigetreten.

26 All das sollte Deutschland zu denken geben. Mit über 75 Jahren Frieden erleben wir  
27 derzeit die längste Friedensperiode, die es jemals auf europäischem Boden gegeben  
28 hat. Gleichzeitig ist es eine Periode, in der auf europäischem Boden Menschenrechte  
29 in einem nie zuvor dagewesenen Maß gelten und wir so einen einzigartigen  
30 Lebensstandard und -stil erreicht haben. Wir sollten alles dafür tun, dass diese Zeit  
31 der Freiheit, des Friedens und des Wohlstandes nicht abreißt. Die Bundeswehr ist  
32 jedoch nicht mehr ansatzweise dazu in der Lage, Deutschland zu verteidigen. Allein  
33 die Zielmarke der militärischen Personalstärke von über 200.000 wird Jahr für Jahr um  
34 ca. 20.000 Soldaten verfehlt. Dies kann mehr und mehr zu Problemen führen. Vor allem,  
35 wenn die USA in der Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China und der Rivalität  
36 im Südchinesischen Meer ihr Militär nach Asien verlagern. Die europäischen NATO-  
37 Verbündeten müssen in einem solchen Fall die Lücken schließen, die die USA in Europa  
38 hinterlassen. Dazu muss die Bundeswehr in die Lage versetzt werden, in einem  
39 militärischen Konflikt auf deutschem bzw. europäischem Boden zu bestehen.

40 Daher erheben die Jungen Liberalen die folgende Forderung, um Freiheit auch für die  
41 zukünftigen europäischen Generationen zu gewährleisten.

42 Die Wehrpflicht ist in einer neuen Ausformung, die den Bedürfnissen des 21.  
43 Jahrhunderts gerecht wird, wieder einzusetzen. Dabei sind die folgenden Punkte zu  
44 beachten.

- 45 • Männer und Frauen sollten stets gleich behandelt werden und sind daher  
46 gleichermaßen im Rahmen der Wehrpflicht zu berücksichtigen.
- 47 • Ausnahmslos alle Angehörigen eines Jahrgangs mit deutscher Staatsbürgerschaft  
48 sollten innerhalb ihres 18. Lebensjahres gemustert werden. Dies ist nicht  
49 zuletzt auch der Anerkennung der Bundeswehr in der Bevölkerung zuträglich und  
50 stellt einen direkten Berührungspunkt für jeden deutschen Staatsbürger mit ihr  
51 dar.
- 52 • Der Wehrdienst sollte 9 Monate dauern. In seinem Rahmen sind die dreimonatige  
53 Grundausbildung sowie sechs Monate Dienst in einer Teilstreitkraft der  
54 Bundeswehr, die nach Möglichkeit vom betroffenen Wehrpflichtigen frei zu wählen  
55 ist, abzuleisten. Hierbei ist auch - je nach Teilstreitkraft - die  
56 Dienstpostenausbildung (sog. DPA) zu absolvieren.
- 57 • Tatsächlich eingezogen werden sollten pro Jahr 20.000 Wehrpflichtige. Hierbei  
58 sind zuallererst diejenigen einzuziehen, die im Rahmen der Musterung als  
59 besonders geeignet erschienen sind und die ein Interesse am Wehrdienst bekundet  
60 haben.
- 61 • Hat der Wehrpflichtige zum Zeitpunkt seiner Einziehung bereits eine Ausbildung  
62 begonnen oder ein Studium aufgenommen, so sollte er das Recht haben, das  
63 Ableisten des Wehrdienstes erst nach Beendigung derselben bzw. desselben  
64 anzutreten.
- 65 • Den Aspekt der Wehrgerechtigkeit gilt es im Rahmen der für die genannten  
66 Maßnahmen ohnehin erforderlichen Änderung des Grundgesetzes auszuräumen. Dies  
67 kann bspw. geschehen, indem einer effizienten Herstellung der  
68 Verteidigungsfähigkeit eine höhere grundrechtliche Priorität eingeräumt wird.
- 69 • Alle ehemals zum Wehrdienst Eingezogenen sind als Angehörige der Reserve zu  
70 führen und in regelmäßigen Abständen zu Übungen einzuladen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 04: Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot

Laufende Nummer: 163

Antragsteller\*in:

BV Mitte

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot**

2 In den letzten Wochen gingen Millionen von Menschen, darunter viele Liberale, in  
3 Deutschland auf die Straße, um gegen die AfD und Rechtsextremismus zu demonstrieren.  
4 Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, doch es ist beunruhigend festzustellen, dass die  
5 AfD weiterhin in Umfragen stark abschneidet. Das wirft die Frage auf, was dagegen  
6 getan werden kann. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es darauf keine  
7 sofortige umfassende Antwort geben kann. Dennoch möchten wir erste Schritte in  
8 Richtung einer Verbesserung der Situation unternehmen.

9

10 **Der AfD den Wind aus den Segeln nehmen!**

11 Der Liberalismus zeichnet sich durch ein optimistisches Menschenbild aus. Daher  
12 sollten wir die Menschen nicht belehren, warum es falsch ist, die AfD zu wählen.  
13 Vielmehr müssen wir sie wieder von unseren Ideen überzeugen und ihnen vor allem  
14 Hoffnung geben.

15 Die AfD erzielt besonders hohe Ergebnisse in ländlichen und teilweise ostdeutschen  
16 Gebieten Deutschlands. Vor Ort hört man oft, dass sich die Menschen "abgehängt"  
17 fühlen oder dass die Politik sie zu wenig einbezieht. Hier müssen wir uns  
18 selbstkritisch hinterfragen. Als FDP und Julis sind wir auf dem Land oft personell  
19 unterbesetzt. Daher ist es wichtig, in Zukunft während des Wahlkampfes vermehrt  
20 Unterstützung in ländlichen Gebieten zu leisten, beispielsweise durch  
21 Wahlkampfaktionen nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land. Damit einher  
22 geht die Stärkung unserer Kommunen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, um langfristig  
23 die Vielfalt in unserem Land zu erhalten und Politik gemäß den Bedürfnissen der  
24 Menschen zu gestalten.

25 In Krisenzeiten neigt jeder Mensch dazu, die Fehler bei anderen zu suchen. Daher  
26 sollten wir als Liberale mit gutem Beispiel vorangehen und unsere bisherige  
27 Herangehensweise selbstkritisch hinterfragen. Unsere Kommunikation als FDP muss  
28 verbessert werden, und wir müssen verstehen, dass vergangene und zukünftige Krisen  
29 nicht ohne starke Kompromisse von allen Seiten gelöst werden können. Das bedeutet  
30 nicht, dass wir uns mit unseren Mitbewerbern auf der politischen Bühne nicht mehr um  
31 die besten Ideen streiten dürfen, aber wenn ein Kompromiss erreicht ist, sollten wir  
32 diesen unterstützen.

33 Als Junge Liberale Berlin lehnen wir ein Verbotsverfahren gegen die AfD ab, nicht  
34 weil wir es grundsätzlich falsch finden, sondern weil es sich über Jahre hinziehen  
35 und von der AfD zu ihrem Vorteil genutzt werden könnte.

36

37 **Demokratie schützen**

38 Auch wenn ein Großteil der AfD-Wähler nicht rechtsextrem ist, gibt es dennoch  
39 rechtsextreme Strukturen innerhalb der Partei. In Zeiten, in denen die AfD  
40 Umfrageergebnisse von bis zu 23% erzielt, müssen wir unsere Demokratie vor den Folgen  
41 einer starken AfD schützen. Noch haben wir in dieser Legislaturperiode alle  
42 Möglichkeiten dazu, und wir sollten sie nutzen. Wir begrüßen ausdrücklich den  
43 Vorschlag der Ampelregierung, das Verfassungsgericht gesetzlich stärker zu schützen.  
44 Wie wir in Polen und Ungarn beobachten konnten, sind Verfassungsgerichte für  
45 Rechtspopulisten oft die erste Anlaufstelle, um das demokratische System zu ihren  
46 Gunsten zu verändern. Daher sprechen wir uns klar dafür aus, dass bestimmte  
47 Strukturen des Bundesverfassungsgerichts nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit  
48 verändert werden können. Dazu gehört die Aufteilung in zwei Senate mit je acht  
49 Richterinnen und Richtern für eine Amtszeit von zwölf Jahren. Sollte eine  
50 rechtsextreme Partei einmal über ein Drittel der Plätze im Bundestag gewinnen, wäre  
51 sie in der Lage, die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht zu blockieren.  
52 Die Richter werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat entsandt und  
53 müssen mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Daher setzen wir uns dafür ein,  
54 dass die Wahl der Richter in Zukunft auch über Kreuz erfolgen kann. Das würde  
55 bedeuten, dass der Bundesrat die übrigen Plätze wählen könnte, falls der Bundestag  
56 nicht zu einer Entscheidung käme, und umgekehrt.

57

58 **„Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu**  
59 **tolerieren.“**

60 Dennoch müssen wir gegen diejenigen, die unsere freiheitlich demokratische  
61 Grundordnung beschädigen wollen, vorgehen. Dabei ist es uns jedoch wichtig das  
62 richtige Maß und Mittel zu finden. Extremisten haben keinen Platz an unseren  
63 Universitäten und Hochschulen! Daher soll die Exmatrikulation von Studierenden, die  
64 durch Extremismus und/oder Antisemitismus auffallen, deutlich erleichtert werden.  
65 Vorfälle, wie an der Freien Universität, bei dem ein jüdischer Student von einem  
66 Kommilitonen verprügelt wurde, sind ein Armutszeugnis für unser Land. Daher soll das  
67 Hochschulgesetz Berlins dahingehend geändert werden, die Universitäten  
68 handlungsfähiger zu machen. Zusätzlich sollen in Zukunft an Personen, die Mitglied in  
69 gesichert rechtsextremen Verbänden sind, keine Stipendien, welche durch den Staat  
70 finanziert werden, vergeben werden. Das Gleiche soll für BAföG gelten.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 05: Gesundheitsversorgung auf nachhaltige FüÙe stellen

Laufende Nummer: 164

Antragsteller\*in:

BV TS

Die Versammlung möge beschließen:

1 Gesundheitsversorgung auf nachhaltige FüÙe stellen

2 Die Lebenserwartung in Deutschland wächst Jahr für Jahr dank einer der besten  
3 Gesundheitsversorgungen der Welt. Doch dieses System steht auf einem morschen  
4 Fundament. Denn das Geld in der Gesetzlichen Krankenversicherung reicht bereits seit  
5 2004 nicht mehr aus. Was 2004 noch ein Steuerzuschuss von einer Milliarde war, könnte  
6 im Jahr 2030, bei Einbezug einer Beitragssteigerung um 2,4% auf 18,4%, ein  
7 Steuerzuschuss von 22,5 Milliarden werden. Langfristig wird es daher nicht anders  
8 gehen, als unser Gesundheitssystem zulasten von Investitionen oder durch Schulden zu  
9 finanzieren. Dieses Vergehen an künftigen Generationen gilt es abzuwenden. Es gilt  
10 daher es, die dringend benötigte und hochqualitative Gesundheitsversorgung auf eine  
11 verlässliche Finanzierung zu stellen. Für uns ist klar: Die Gesetzliche  
12 Krankenversicherung muss schnellstmöglich echte Reformen erfahren, um den  
13 Finanzierungsdruck zu senken und langfristig von einer generationsgerechteren  
14 Alternative ersetzt zu werden. Um die Finanzierungsnot der gesetzlichen  
15 Krankenversicherung innerhalb des umlagefinanzierten Systems zu verringern, fordern  
16 wir:

17 • Abschaffung der Familienversicherung für Menschen über dem Doppelten des  
18 durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommens.

19 Die Familienversicherung ist ein probates Mittel, um Familien in unteren und  
20 mittleren Einkommensgruppen zu entlasten. Doch ermöglicht die Familienversicherung,  
21 dass eine Familie mit zwei Kindern, in welcher beide Elternteile durchschnittlich  
22 verdienen rund genauso viel zu der Solidargemeinschaft der gesetzlichen  
23 Krankenversicherung beiträgt, wie eine Familie mit drei Kindern und einem nicht  
24 arbeitenden Elternteil, in der das andere Elternteil über der  
25 Beitragsbemessungsgrenze liegt. Dies ist nicht solidarisch. Daher ist die  
26 Verfügbarkeit der Familienversicherung auf untere und mittlere Einkommensgruppen zu  
27 begrenzen. Ist eine Familienversicherung nicht möglich, so sollen Kinder, sollten  
28 deren Eltern Teil der gesetzlichen Krankenversicherung sind, innerhalb der  
29 gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden. Hierfür ist ein monatlicher  
30 Beitrag von den Eltern zu entrichten.

31 • Die Schaffung eines einheitlichen Leistungskataloges unter der Leitung von dem  
32 Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

33 Die gesetzliche Krankenversicherung verfügt bis heute über keinen transparenten  
34 Leistungskatalog. Dies verhindert nicht nur eine umfassende Transparenz für den  
35 Versicherten, sondern auch ein klares Evaluieren von angebotenen Leistungen. Bei dem  
36 Erstellen des Leistungskataloges soll jede Leistung per Kosten-Nutzen Analyse  
37 überprüft werden. Hierbei sollen die Leistungen mit Bezug zur Homöopathie in den  
38 Katalog der Individuellen Gesundheitsleistungen überführt werden.

39 • einem Selbstbehalt pro ambulante Leistungen und Arzneimittel.

40 Die Versicherten werden somit dazu aufgefordert für jede in Anspruch genommene  
41 Leistung ein Teil der Kosten selbst zahlen. Dieser Selbstzahleranteil ist innerhalb  
42 des verbindlichen Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung ausgewiesen  
43 werden. Um hier die Bürokratie bei den Ärztinnen und Ärzten möglichst zu minimieren,  
44 sollen die Ärztinnen und Ärzte die Rechnung über die erbrachten Leistungen zunächst  
45 an die gesetzlichen Krankenkassen stellen. Diese sollen anschließend die  
46 Selbstbehalte von dem Versicherten einziehen.

47 • der Ausgliederung aller zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen.

48 Bereits heute wird ein Teil der Kosten durch private Zuzahlungen getragen oder durch  
49 ergänzende private Zusatzversicherungen abgedeckt. Patienten und Zahnärzte sind daher  
50 bereits an Marktprinzipien und patientenspezifische Abrechnung gewöhnt. Die  
51 individuelle Mehrbelastung durch die Ausgliederung aller zahnärztlichen und  
52 zahntechnischen Leistungen in den eigenverantwortlichen bzw. privaten Bereich ist  
53 daher relativ gering.

54 • Die Pflichtversicherung abzuschaffen und durch eine Pflicht zur Versicherung zu  
55 ersetzen.

56 Jeder Person soll es ermöglicht werden, zumindest den Basistarif der privaten  
57 Krankenversicherer wahrzunehmen und somit zu einer nachhaltig finanzierten  
58 Gesundheitsversorgung beizutragen. Jedoch soll im Gegenzug die Berechtigung zur  
59 Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung auf ein Alter von 40 Jahren abgesenkt  
60 werden und für Rückkehrer die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden.

61

62 Langfristig muss jedoch die gesetzliche Krankenversicherung ihre tragende Rolle in  
63 der Gesundheitsversorgung abgeben. Ersetzt werden soll die Pflichtversicherung mit  
64 einer Umlagefinanzierung durch eine Pflicht zur Versicherung durch eine privat  
65 organisierte Kapitaldeckung. Dabei soll der PKV-Basistarif, welcher dem  
66 Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, bestehen bleiben.  
67 Die verschiedenen Krankenkassen werden somit zu einer gesetzlichen  
68 Krankenversicherung zusammengeführt. Diese soll künftig nur noch Bedürftige  
69 finanziell unterstützen, den Basistarif der privaten Versicherer wahrzunehmen, wenn  
70 diese sich länger als ein Jahr lang im Notlagentarif eines privaten Versicherers  
71 befinden. In diesem Zuge ist der Beitrag zu der gesetzlichen Krankenversicherung  
72 deutlich abzusenken. Mit dieser Reform gewinnen die privaten Krankenversicherer  
73 deutlich an Bedeutung. Um hier jedoch eine patientenorientierte medizinische  
74 Versorgung zu sichern, ist das Kostenerstattungsprinzip in der privaten  
75 Krankenversicherung gesetzlich zu implementieren und die Gebührenordnung für Ärzte  
76 weiter beizubehalten. Rabattverträge oder Budgetierungen zwischen den privaten  
77 Versicherern und Ärztinnen und Ärzten sind daher strikt zu untersagen. Um eine  
78 Aktualität dieser zu gewährleisten und die Gebührenordnung für Ärzte vom politischen  
79 Kalkül unabhängig zu machen, soll ein gemeinsamer Ausschuss mit Vertretern der  
80 Bundesärztekammer und der privaten Versicherungsunternehmen eingesetzt werden. Das  
81 Bundesministerium für Gesundheit soll hier lediglich die Aufgabe der Rechtsaufsicht  
82 wahrnehmen. Die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung wird  
83 an die Ärztekammern bzw. Zahnärztekammern übertragen.

## Begründung



3. Landeskongress 2024 der Jungen Liberalen Berlin - Präsentations- und Versammlungssystem  
Rathaus Steglitz, Raum 301, Schloßstraße 37, 12163 Berlin, 8.11.2024 - 9.11.2024

erfolgt mündlich

## Antrag 06: Die Bürgerversicherung durch die Hintertür stoppen – für eine Absenkung der allgemeinen Versicherungspflichtgrenze

Laufende Nummer: 165

Antragsteller\*in: BV FKN

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Bürgerversicherung durch die Hintertür stoppen – für eine Absenkung der  
2 allgemeinen Versicherungspflichtgrenze

3

Die Versicherungspflichtgrenze ist derzeit vollkommen überhöht und erschwert den

4

Wechsel in die private Krankenversicherung erheblich. Der Kreis derjenigen, die

5

zwischen privater (PKV) und gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) wählen können,

6

wird stark eingegrenzt, und die Wahlfreiheit der Arbeitnehmenden wird somit bewusst

7

eingeschränkt. Dies entspricht einer schleichenden Einführung einer kollektiven

8

Bürgerversicherung für Arbeitnehmende durch die Hintertür.

9 Unsere Meinung ist jedoch: Wer seinen Beruf verantwortungsvoll ausübt und dort  
10 wichtige Entscheidungen trifft, sollte auch das Recht haben dürfen,  
11 eigenverantwortlich seine Krankenversicherung wählen zu dürfen.

12

Mit der stetigen Anhebung der Versicherungspflichtgrenze wird zudem der Wettbewerb

13

zwischen GKV und PKV behindert. Dabei sichert das Nebeneinander von GKV und PKV eine

14

hohe Qualität der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland.

15 Daher fordern wir eine Absenkung der Versicherungspflichtgrenze und somit einen  
16 erleichterten Wechsel für Arbeitnehmende von der GKV zur PKV – Arbeitnehmende  
17 sollten selbst frei entscheiden können, wie sie sich krankenversichern lassen  
18 möchten.

19

Die strukturell bedingte Finanzierungslücke in den GKVn darf nicht durch eine hohe

20

Versicherungspflichtgrenze gelöst werden, sondern bedarf grundlegender Reformen zur

21

Stabilisierung der Finanzen, beispielsweise durch Einsparungen in der Verwaltung und

22

Verschmelzungen einzelner GKVn. Zudem müssen die Potenziale der Digitalisierung im

23

Gesundheitswesen stärker genutzt werden.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 07: Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit

Laufende Nummer: 166

Antragsteller\*in: BV LiMaH

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit**
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin lehnen die von der EU geplante Einführung eines digitalen
- 3 Euros ab. Hohe technische und regulatorische Standards, wie von der FDP-
- 4 Bundestagsfraktion gefordert, können zwar einstweilig verhindern, dass von
- 5 staatlicher Seite in den Zahlungsverkehr eingegriffen wird oder sensible Daten der
- 6 Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden; dennoch wird dadurch das
- 7 Missbrauchspotential des digitalen Euros nicht nachhaltig beseitigt. Vor dem
- 8 Hintergrund auch in der EU erstarkender antidemokratischer Kräfte halten wir es für
- 9 fatal, mit dem digitalen Euro ein Instrument zu schaffen, das potentiell die
- 10 Anonymität und Freiheit des Zahlungsverkehrs gefährden kann – schließlich können
- 11 technische Beschränkungen umgangen und regulatorische Hürden ausgesetzt werden. Vor
- 12 dem Hintergrund der Tatsache, dass Bargeld als sichere und anonyme Zahlungsmethode
- 13 weiterhin erhalten bleibt, sehen wir in der Einführung einer digitalen Ergänzung
- 14 keinen Mehrwert.

### Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 08: Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen

Laufende Nummer: 167

Antragsteller\*in: BV Pankow

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen**
- 2 Die Jungen Liberalen Pankow fordern, die deutsche Botschaft am Heiligen Stuhl
- 3 einzustellen. Etwaige konsularische und diplomatische Aufgaben sollen durch die
- 4 reguläre deutsche Botschaft in Rom übernommen werden.
- 5 Die Bundesrepublik unterhält eine offizielle Botschaft im Vatikan. Diese ist
- 6 allerdings nicht auf den Staat Vatikanstadt als allgemein anerkannten Staat, sondern
- 7 explizit auf den Heiligen Stuhl als nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt bezogen. Der
- 8 Heilige Stuhl steht damit eher als Interessenvertretung der ganzen römisch-
- 9 katholischen Kirche, denn als souveräner Staat. Der Botschafterposten ist in der
- 10 höchstdotierten Besoldungsgruppe B9 eingeordnet und damit auf einer Stufe mit den
- 11 Posten in Washington, London, Paris und Moskau.
- 12 Im Gegensatz zu diesen Botschaften, verfügt die Botschaft am Heiligen Stuhl über ein
- 13 äußerst begrenztes Aufgabenportfolio. Die Hauptaufgabe der Botschaft beschränkt sich
- 14 auf den diplomatischen Austausch mit Mitgliedern der katholischen Kirche im Vatikan.
- 15 Einen vergleichbaren Austausch mit Oberhäuptern anderer Religionsgemeinschaften gibt
- 16 es nicht. Die weltweiten Mitglieder der katholischen Kirche werden zudem bereits
- 17 durch die dortigen deutschen Auslandsvertretungen betreut. Anstatt eine teure und aus
- 18 der Zeit gefallene Vertretung bei einer Religionsgemeinschaft aufrecht zu erhalten,
- 19 sollte man hier unnötige symbolische Ausgaben einsparen.
- 20 Angesichts der problematischen Äußerungen des Papstes im Hinblick auf den russischen
- 21 Krieg gegen die Ukraine und die mangelnde Reformbereitschaft des Heiligen Stuhls, ist
- 22 es notwendig ein politisches Zeichen zu setzen.

### Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 09: Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten

Laufende Nummer: 168

Antragsteller\*in: BV SZ

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten**

2 Die Bundesrepublik blickt auf eine lange Tradition als Kulturnation zurück. Unser  
3 Ziel ist es, die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland  
4 abzusichern. In diesem Zusammenhang arbeiten wir daran, die kulturelle Bildung in  
5 unserem Land auszubauen. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Museen. In diesem  
6 Zusammenhang setzen wir nicht nur auf solche in öffentlicher Trägerschaft, sondern  
7 auch auf die in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen. Eine gesunde  
8 Wettbewerbskultur zwischen den verschiedenen Einrichtungen erachten wir dabei als  
9 förderliche Anreizstruktur. Eben diesen Wettbewerb insbesondere zuungunsten von  
10 Museen in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen auszuhebeln, indem kostenloser  
11 Eintritt in Museen öffentlicher Trägerschaft gewährt wird, halten wir daher für  
12 kontraproduktiv. Deshalb setzen wir uns dafür ein, grundsätzlich die Erhebung eines  
13 Entgelts in öffentlichen Museen als wichtige Einkommensquelle mit positiver  
14 Anreizwirkung für den Ideenwettbewerb aufrecht zu erhalten.

### Begründung

erfolgt mündlich

## **Antrag 10: Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!**

Laufende Nummer: 169

**Antragsteller\*in:** BV Pankow

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!**
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Artikel 15 und Artikel 14 Absatz 3 des
- 3 Grundgesetzes ersatzlos zu streichen.

### **Begründung**

Der Schutz von Eigentum hat Verfassungsrang. Dennoch sieht das Grundgesetz eine unmittelbare Beschneidung des Eigentumsschutzes vor. Auf Basis eines Gesetzes darf nach Art. 14 Absatz 3, bzw. Art. 15, eine Enteignung im Interesse der Allgemeinheit gegen eine Entschädigung vorgenommen werden. Auch wenn dieser Mechanismus bis dato zumeist für kleine Vorgänge verwendet wurde, wie die Enteignung privater Grundstücke zum Bau von Straßen, Bahntrassen oder Kohletagebaue, stellt sie einen empfindlichen Eingriff des Staates in die persönliche Souveränität der Bürgerinnen und Bürger dar. Nicht zuletzt beim Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ 2021 zeigte sich, dass die bloße Existenz dieses Instruments, gefährliche politische Phantasien zur Folge haben kann. Durch die fortlaufende Enteignungsdebatte sind Eigentümer verunsichert und halten Investitionen zurück. Anstatt weiterhin linkssozialistischen Ideen Nährboden zu bereiten, sollte sich der Staat gänzlich dem Schutz des privaten Eigentums verschreiben. Für die oben genannten „kleinen“ Fälle des Art. 14(3), bzw. Art. 15, existiert weiterhin die Möglichkeit bilaterale Einigungen zwischen dem Staat und dem Eigentümer auf Augenhöhe zu finden – notfalls unter Einbeziehung eines externen Schlichters.

# Antrag 11: Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen

Laufende Nummer: 170

Antragsteller\*in: BV TS

Die Versammlung möge beschließen:

## 1 **Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen**

2 Toleranz, Pluralismus und Meinungsfreiheit zeichnen den liberalen Rechtsstaat aus -  
3 insbesondere im Umgang mit Haltungen, die staatlichen Zielen und gesellschaftlichen  
4 Normen vermeintlich zuwiderlaufen. Gleichzeitig geraten Liberalität und Demokratie  
5 zunehmend unter Druck durch eine wachsende Radikalisierung in Teilen der  
6 Gesellschaft, die nicht zuletzt durch die Sozialen Medien an Dynamik und Intensität  
7 gewonnen hat, und sich in einer Verrohung der Debattenkultur, Missinformation,  
8 gesellschaftlicher Spaltung bis hin zu Gewalt gegen Minderheiten Bahn bricht. Eine  
9 Destabilisierung unseres demokratischen Gemeinwesens durch derlei Entwicklungen  
10 wollen wir nicht zulassen. Der liberale Rechtsstaat muss resilient sein gegen  
11 Extremismus und radikale Agitation, ohne dabei selbst seine Grundsätze von Toleranz,  
12 Pluralismus und Meinungsfreiheit aufzugeben. In diesem Kontext muss auch der  
13 gesetzliche Rahmen gestärkt werden, um Resilienz unserer Demokratie zu gewährleisten,  
14 Toleranz zu erhalten und die Gesellschaft gegen unterschiedliche Extremismen zu  
15 schützen.

16

## 17 **Hass im Netz**

- 18 • Immer mehr kommt es in sozialen Medien zu einer Verrohung des Diskurses, der  
19 Verbreitung von Fehlinformation und der Entstehung von Echokammern. In diesem  
20 Kontext fordern die Jungen Liberalen:
- 21 • Wir wollen in das Regelwerk des Digital Service Acts (DSA) der Europäischen  
22 Union eine unabhängige Medienaufsicht ähnlich wie in Deutschland integrieren  
23 und  
24 für Internetplattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern in einem jährlichen  
25 Turnus Berichtspflichten für Content-Moderation einführen.
- 26 • Social-Media-Plattformen sind Gatekeeper für die Meinungsfreiheit im Netz. Dass  
27 sie auch gegen nicht rechtswidrige Inhalte vorgehen, ist aufgrund der  
28 Privatautonomie grundsätzlich zulässig, jedoch müssen sich Social Media  
29 Plattformen hierbei im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegen.
- 30 • Bei der Verfolgung mutmaßlicher Straftaten im Netz darf die Abwägung von  
31 Grundrechten nicht in die Hände von Digitalkonzernen gelegt werden, die damit  
32 noch einflussreicher für den Meinungsbildungsprozess werden und zu overblocking  
33 neigen können. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist daher abzuschaffen. Wir  
34 setzen in erster Linie auf die individuelle Strafverfolgung durch eine  
35 personell  
36 und technisch ausreichend ausgestattete Polizei, die dafür konkret geschult und  
37 verstärkt werden muss. Zur besseren Rechtsdurchsetzung sind Plattformen dazu zu



38 verpflichtet, digitale Beschwerdemöglichkeiten für User wie sonstige Betroffene  
39 einzurichten.

- 40 • Finanzierung politischer Social-Media-Kampagnen aus dem EU-Ausland muss  
41 verhindert und die Plattformen verpflichtet werden, diese durch Transparenz und  
42 Offenlegungspflichten zu unterbinden.
- 43 • Staatliche Regulierungen und Versuche, die Verbreitung von Falschinformationen  
44 rechtlich zu sanktionieren, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen wollen wir  
45 die Desinformationstaskforce des Bundesinnenministeriums ausbauen.  
46 Desinformationskampagnen sollen außerdem konsequent in die Berichte der  
47 Verfassungsschutzbehörden aufgenommen werden.
- 48 • Anonymität im Netz muss grundsätzlich möglich sein. Eine Klarnamenpflicht lehnen  
49 wir ab. Verbale Attacken im Netz und Cybermobbing dürfen rechtlich nicht  
50 folgenlos bleiben. Über die konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten  
51 des Strafrechts ist § 1 des Opferentschädigungsgesetzes vom „tätlichen Angriff  
52 mit gesundheitlichen Folgen“ um den „psychischen Angriff mit gesundheitlichen  
53 Folgen“ zu ergänzen.

54

#### 55 **Schutz vor Diskriminierung und Hasskriminalität**

- 56 • Intoleranz und Hass bleiben nicht nur im Raum des Verbalen, sondern  
57 manifestieren sich in diskriminierenden Handlungen oder in roher Gewalt. Um dem  
58 zu begegnen fordern wir:
- 59 • Abs. 3 GG muss um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität  
60 erweitert werden. Diese Reform ist überfällig und notwendig, um der  
61 LGBTIQCommunity endlich einen Schutz vor Diskriminierung im Verfassungsrang zu  
62 geben. Um die Anzeigebereitschaft gegen queerfeindliche Übergriffe und  
63 Straftaten zu erhöhen, sollen bei den Polizeibehörden konkrete Ansprechpartner  
64 für homo- und transfeindliche Gewalt geschaffen werden.
- 65 • Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll auch eine Diskriminierung  
66 aufgrund der Staatsangehörigkeit untersagen. Damit soll insbesondere die  
67 Handhabe gegen israelbezogenen Antisemitismus gestärkt werden.
- 68 • Die Sicherheitsbehörden müssen gegen volksverhetzende oder Terrorismus  
69 billigende Botschaften, Aufrufe und Sprechchöre bei Demonstrationen und  
70 Versammlungen konsequent vorgehen, Versammlungen in solchen Fällen konsequent  
71 aufösen und in begründeten Ausnahmen von Vornherein verbieten. Dass die  
72 Berliner  
73 Polizei nach den Terroranschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober zunächst  
74 nicht wegen des Verdachts auf Billigung von Straftaten gegen Sympathisanten der  
75 Hamas ermitteln wollte, die auf der Sonnenallee Süßigkeiten verteilten und den  
76 Terror gegen Juden und Israelis feierten, ist beschämend. § 140 StGB muss  
77 soweit  
78 konkretisiert werden, dass Interpretationsspielräume bei der Ahndung solcher  
79 Handlungen minimiert werden.
- 80 • Wer den Hass auf unsere Straßen trägt, kann in Deutschland keinen  
81 Aufenthaltstitel erhalten – das gilt insbesondere in Bezug auf die

82 Ausschreitungen und antisemitischen Sprechchöre bei antiisraelischen  
83 Demonstrationen, aber z. B. auch für die Gewalt zwischen eritreischen Gruppen  
84 im  
85 September 2023. Die Möglichkeiten des Aufenthaltsrecht zur Abschiebung und  
86 Ausweisung Beteiligter müssen konsequent ausgeschöpft werden. Ferner ist eine  
87 Konkretisierung und Ausweitung der Abschiebegründe nach § 53 Abs. 1 AufenthG  
88 vorzunehmen. Eine Abschiebung oder Ausweisung soll nicht erst bei einer Gefahr  
89 für die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“, sondern bereits bei einer  
90 Gefährdung des öffentlichen Friedens zweifelsfrei erfolgen können – etwa bei  
91 Delikten i. S. d. §§ 126 (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von  
92 Straftaten), 130 (Volksverhetzung), 140 (Belohnung und Billigung von  
93 Straftaten)  
94 oder 166 (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und  
95 Weltanschauungsvereinigungen) StGB. Bei Straftaten in Zusammenhang mit  
96 Hasskriminalität und Volksverhetzung soll eine Abschiebung zudem unabhängig von  
97 der Höhe des Strafmaßes erfolgen.

98

99 Spaltung und Agitation auf institutioneller Ebene begegnen

100

- 101 • Radikale Organisationen unternehmen vermehrt den Versuch, in staatlichen  
102 Gremien  
103 und 95 Institutionen an Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig nutzen auch fremde  
104 Staaten 96 Kommunikationskanäle und Finanzierungswege, um Einfluss auf die  
105 gesellschaftliche 97 Debatte zu nehmen und die deutsche bzw. europäische  
106 Demokratie zu unterminieren. Um 98 dies zu verhindern, fordern wir:
  - 107 • Die Auslandsfinanzierung religiöser Strukturen, wie wir sie insbesondere im  
108 islamischen Umfeld erleben, muss verboten werden. Religionsgemeinschaften  
109 dürfen  
110 nicht zum verlängerten Arm ausländischer Mächte werden. Stattdessen sollte das  
111 Modell der Kirchensteuer auch anderen Religionsgemeinschaften eröffnet werden,  
112 um eine inländische Finanzierung gewährleisten zu können.
  - 113 • Die Imamausbildung soll künftig in Deutschland erfolgen. Dies wiederum setzt  
114 voraus, dass Islamische Theologie an Universitäten in Deutschland studiert  
115 werden kann. Dabei darf es keine Kooperation mit DITIB oder anderen  
116 konservativen Islamverbänden, wie sie vornehmlich im Zentralrat der Muslime  
117 vorzufinden sind, geben. Wir wollen stattdessen mit liberalen Islamverbänden  
118 wie  
119 Muslimisches Forum Deutschland, Liberal-Islamischer Bund und der Ibn-  
120 RushdGoethe-Moschee zusammenarbeiten.
  - 121 • Fundamentalistische Islamverbänden darf keine Mitwirkung in Gremien wie der  
122 Islamkonferenz gewährt werden. Fundamentalistische und aus dem Ausland  
123 finanzierte Institutionen wie das Islamische Zentrum in Hamburg (IZH) müssen  
124 geschlossen werden.
  - 125 • Konfuzius-Institute, die seit 2006 von der Regierung der Volksrepublik China an  
126 deutschen Hochschulen gegründet und finanziert werden, um unter dem Vorwand der

127 Förderung von chinesischer Sprache und Kultur Einfluss auf die akademische  
128 Lehre  
129 zu nehmen und Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas zu verbreiten,  
130 müssen  
131 vollständig von deutschen Bildungsstätten entkoppelt werden.

132 • Hochschulen sollen künftig dazu verpflichtet werden, Mittelzuwendungen aus dem  
133 außereuropäischen Ausland zu erfassen und transparent zu veröffentlichen.  
134 Hochschulen müssen ein Ort der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sein.  
135 Versuchen einzelner Gruppen oder gar der Hochschule selbst, die Freiheit der  
136 Lehre zu beschränken, politisch unliebsame Veranstaltungen zu blockieren oder  
137 zu  
138 untersagen, stellen wir uns entschieden entgegen.

139

140 Toleranz, Pluralismus und Meinungsfreiheit zeichnen den liberalen Rechtsstaat aus -  
141 insbesondere im Umgang mit Haltungen, die staatlichen Zielen und gesellschaftlichen  
142 Normen vermeintlich zuwiderlaufen. Gleichzeitig geraten Liberalität und Demokratie  
143 zunehmend unter Druck durch eine wachsende Radikalisierung in Teilen der  
144 Gesellschaft, die nicht zuletzt durch die Sozialen Medien an Dynamik und Intensität  
145 gewonnen hat, und sich in einer Verrohung der Debattenkultur, Missinformation,  
146 gesellschaftlicher Spaltung bis hin zu Gewalt gegen Minderheiten Bahn bricht. Eine  
147 Destabilisierung unseres demokratischen Gemeinwesens durch derlei Entwicklungen  
148 wollen wir nicht zulassen. Der liberale Rechtsstaat muss resilient sein gegen  
149 Extremismus und radikale Agitation, ohne dabei selbst seine Grundsätze von Toleranz,  
150 Pluralismus und Meinungsfreiheit aufzugeben. In diesem Kontext muss auch der  
151 gesetzliche Rahmen gestärkt werden, um Resilienz unserer Demokratie zu gewährleisten,  
152 Toleranz zu erhalten und die Gesellschaft gegen unterschiedliche Extremismen zu  
153 schützen.

154

#### 155 **Hass im Netz**

156 • Immer mehr kommt es in sozialen Medien zu einer Verrohung des Diskurses, der  
157 Verbreitung von Fehlinformation und der Entstehung von Echokammern. In diesem  
158 Kontext fordern die Jungen Liberalen:

159 • Wir wollen in das Regelwerk des Digital Service Acts (DSA) der Europäischen  
160 Union eine unabhängige Medienaufsicht ähnlich wie in Deutschland integrieren  
161 und  
162 für Internetplattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern in einem jährlichen  
163 Turnus Berichtspflichten für Content-Moderation einführen.

164 • Social-Media-Plattformen sind Gatekeeper für die Meinungsfreiheit im Netz. Dass  
165 sie auch gegen nicht rechtswidrige Inhalte vorgehen, ist aufgrund der  
166 Privatautonomie grundsätzlich zulässig, jedoch müssen sich Social Media  
167 Plattformen hierbei im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegen.

168 • Bei der Verfolgung mutmaßlicher Straftaten im Netz darf die Abwägung von  
169 Grundrechten nicht in die Hände von Digitalkonzernen gelegt werden, die damit  
170 noch einflussreicher für den Meinungsbildungsprozess werden und zu overblocking  
171 neigen können. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist daher abzuschaffen. Wir

- 172 setzen in erster Linie auf die individuelle Strafverfolgung durch eine  
173 personell  
174 und technisch ausreichend ausgestattete Polizei, die dafür konkret geschult und  
175 verstärkt werden muss. Zur besseren Rechtsdurchsetzung sind Plattformen dazu zu  
176 verpflichten, digitale Beschwerdemöglichkeiten für User wie sonstige Betroffene  
177 einzurichten.
- 178 • Finanzierung politischer Social-Media-Kampagnen aus dem EU-Ausland muss  
179 verhindert und die Plattformen verpflichtet werden, diese durch Transparenz und  
180 Offenlegungspflichten zu unterbinden.
  - 181 • Staatliche Regulierungen und Versuche, die Verbreitung von Falschinformationen  
182 rechtlich zu sanktionieren, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen wollen wir  
183 die Desinformationstaskforce des Bundesinnenministeriums ausbauen.  
184 Desinformationskampagnen sollen außerdem konsequent in die Berichte der  
185 Verfassungsschutzbehörden aufgenommen werden.
  - 186 • Anonymität im Netz muss grundsätzlich möglich sein. Eine Klarnamenpflicht lehnen  
187 wir ab. Verbale Attacken im Netz und Cybermobbing dürfen rechtlich nicht  
188 folgenlos bleiben. Über die konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten  
189 des Strafrechts ist § 1 des Opferentschädigungsgesetzes vom „tätlichen Angriff  
190 mit gesundheitlichen Folgen“ um den „psychischen Angriff mit gesundheitlichen  
191 Folgen“ zu ergänzen.

192

### 193 **Schutz vor Diskriminierung und Hasskriminalität**

- 194 • Intoleranz und Hass bleiben nicht nur im Raum des Verbalen, sondern  
195 manifestieren sich in diskriminierenden Handlungen oder in roher Gewalt. Um dem  
196 zu begegnen fordern wir:
- 197 • Abs. 3 GG muss um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität  
198 erweitert werden. Diese Reform ist überfällig und notwendig, um der  
199 LGBTIQCommunity endlich einen Schutz vor Diskriminierung im Verfassungsrang zu  
200 geben. Um die Anzeigebereitschaft gegen queerfeindliche Übergriffe und  
201 Straftaten zu erhöhen, sollen bei den Polizeibehörden konkrete Ansprechpartner  
202 für homo- und transfeindliche Gewalt geschaffen werden.
- 203 • Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll auch eine Diskriminierung  
204 aufgrund der Staatsangehörigkeit untersagen. Damit soll insbesondere die  
205 Handhabe gegen israelbezogenen Antisemitismus gestärkt werden.
- 206 • Die Sicherheitsbehörden müssen gegen volksverhetzende oder Terrorismus  
207 billigende Botschaften, Aufrufe und Sprechchöre bei Demonstrationen und  
208 Versammlungen konsequent vorgehen, Versammlungen in solchen Fällen konsequent  
209 auflösen und in begründeten Ausnahmen von Vornherein verbieten. Dass die  
210 Berliner  
211 Polizei nach den Terroranschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober zunächst  
212 nicht wegen des Verdachts auf Billigung von Straftaten gegen Sympathisanten der  
213 Hamas ermitteln wollte, die auf der Sonnenallee Süßigkeiten verteilten und den  
214 Terror gegen Juden und Israelis feierten, ist beschämend. § 140 StGB muss  
215 soweit  
216 konkretisiert werden, dass Interpretationsspielräume bei der Ahndung solcher

217 Handlungen minimiert werden.

- 218 • Wer den Hass auf unsere Straßen trägt, kann in Deutschland keinen  
219 Aufenthaltstitel erhalten – das gilt insbesondere in Bezug auf die  
220 Ausschreitungen und antisemitischen Sprechchöre bei antiisraelischen  
221 Demonstrationen, aber z. B. auch für die Gewalt zwischen eritreischen Gruppen  
222 im  
223 September 2023. Die Möglichkeiten des Aufenthaltsrecht zur Abschiebung und  
224 Ausweisung Beteiligter müssen konsequent ausgeschöpft werden. Ferner ist eine  
225 Konkretisierung und Ausweitung der Abschiebegründe nach § 53 Abs. 1 AufenthG  
226 vorzunehmen. Eine Abschiebung oder Ausweisung soll nicht erst bei einer Gefahr  
227 für die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“, sondern bereits bei einer  
228 Gefährdung des öffentlichen Friedens zweifelsfrei erfolgen können – etwa bei  
229 Delikten i. S. d. §§ 126 (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von  
230 Straftaten), 130 (Volksverhetzung), 140 (Belohnung und Billigung von  
231 Straftaten)  
232 oder 166 (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und  
233 Weltanschauungsvereinigungen) StGB. Bei Straftaten in Zusammenhang mit  
234 Hasskriminalität und Volksverhetzung soll eine Abschiebung zudem unabhängig von  
235 der Höhe des Strafmaßes erfolgen.

236

### 237 **Spaltung und Agitation auf institutioneller Ebene begegnen**

- 238 • Radikale Organisationen unternehmen vermehrt den Versuch, in staatlichen  
239 Gremien  
240 und 95 Institutionen an Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig nutzen auch fremde  
241 Staaten 96 Kommunikationskanäle und Finanzierungswege, um Einfluss auf die  
242 gesellschaftliche 97 Debatte zu nehmen und die deutsche bzw. europäische  
243 Demokratie zu unterminieren. Um 98 dies zu verhindern, fordern wir:  
244 • Die Auslandsfinanzierung religiöser Strukturen, wie wir sie insbesondere im  
245 islamischen Umfeld erleben, muss verboten werden. Religionsgemeinschaften  
246 dürfen  
247 nicht zum verlängerten Arm ausländischer Mächte werden. Stattdessen sollte das  
248 Modell der Kirchensteuer auch anderen Religionsgemeinschaften eröffnet werden,  
249 um eine inländische Finanzierung gewährleisten zu können.
- 250 • Die Imamausbildung soll künftig in Deutschland erfolgen. Dies wiederum setzt  
251 voraus, dass Islamische Theologie an Universitäten in Deutschland studiert  
252 werden kann. Dabei darf es keine Kooperation mit DITIB oder anderen  
253 konservativen Islamverbänden, wie sie vornehmlich im Zentralrat der Muslime  
254 vorzufinden sind, geben. Wir wollen stattdessen mit liberalen Islamverbänden  
255 wie  
256 Muslimisches Forum Deutschland, Liberal-Islamischer Bund und der Ibn-  
257 RushdGoethe-Moschee zusammenarbeiten.
- 258 • Fundamentalistische Islamverbänden darf keine Mitwirkung in Gremien wie der  
259 Islamkonferenz gewährt werden. Fundamentalistische und aus dem Ausland  
260 finanzierte Institutionen wie das Islamische Zentrum in Hamburg (IZH) müssen  
261 geschlossen werden.

- 262 • Konfuzius-Institute, die seit 2006 von der Regierung der Volksrepublik China an  
263 deutschen Hochschulen gegründet und finanziert werden, um unter dem Vorwand der  
264 Förderung von chinesischer Sprache und Kultur Einfluss auf die akademische  
265 Lehre  
266 zu nehmen und Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas zu verbreiten,  
267 müssen  
268 vollständig von deutschen Bildungsstätten entkoppelt werden.
- 269 • Hochschulen sollen künftig dazu verpflichtet werden, Mittelzuwendungen aus dem  
270 außereuropäischen Ausland zu erfassen und transparent zu veröffentlichen.  
271 Hochschulen müssen ein Ort der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sein.  
272 Versuchen einzelner Gruppen oder gar der Hochschule selbst, die Freiheit der  
273 Lehre zu beschränken, politisch unliebsame Veranstaltungen zu blockieren oder  
274 zu  
275 untersagen, stellen wir uns entschieden entgegen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 12: Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst

Laufende Nummer: 171

**Antragsteller\*in:** Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Ioana Cristina Turbatu, Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Phillip Proske, Laurent Putzier

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst**

2 Jedes Kind in Deutschland hat es verdient, seine Talente maximal frei zu entfalten.  
3 Wir kämpfen deshalb für Chancengerechtigkeit. Eltern müssen möglichst viel Freiheit  
4 bei der Schulwahl ihrer Kinder bekommen und Schulen in benachteiligten Gegenden  
5 müssen besonders gefördert werden. Nach der Schule muss auch jeder junge Erwachsene  
6 die Möglichkeit bekommen, sich entweder durch eine Ausbildung oder ein Studium  
7 optimal auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Ein gebührenfreies Studium hingegen ist  
8 kein Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Ganz im Gegenteil bedeutet es, dass Menschen  
9 mit geringeren Einkommen und niedrigeren Bildungschancen Studenten subventionieren.  
10 Wir sprechen uns deshalb klar für die Einführung von Studiengebühren aus. Durch diese  
11 Maßnahme werden die Steuerzahler entlastet und die Qualität der Bildung erhöht. Dem  
12 Gebot der Chancengerechtigkeit ist aber weiterhin auch zu entnehmen, dass es für  
13 jeden unabhängig vom Elternhaus möglich sein muss zu studieren. Deshalb sollen die  
14 Studiengebühren für Deutsche, in Deutschland lebende Ausländer und EU Bürger  
15 nachgelagert sein. Die Rückzahlung der Gebühren erfolgt nur beim Erreichen eines  
16 überdurchschnittlichen Einkommens und kann sich über mehrere Jahre strecken.  
17 Studenten aus dem nicht-EU Ausland sollen durch das Zahlen von höheren Gebühren  
18 direkt einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung des deutschen Bildungssystems  
19 leisten. Deutschland soll aufgrund von exzellenten Universitäten attraktiv für  
20 ausländische Studenten sein, nicht wegen der geringen Kosten. Für besonders  
21 talentierte ausländische Studenten soll es verstärkt Stipendien geben, um Deutschland  
22 attraktiv für die klügsten Köpfe zu machen. Außerdem soll es dem Staat möglich sein  
23 Studiengänge stärker zu fördern, in denen ein großer Fachkräftemangel herrscht.

### Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 13: Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse

Laufende Nummer: 172

Antragsteller\*in: Alexander Kobuss

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 **Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse**

2 Die Pandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystem für die Bevölkerung  
3 deutlich gemacht. Ständig steigende Krankenkassenbeiträge kaschieren die marode  
4 Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Staatliche Umlagefinanzierung und  
5 Planwirtschaft der Bepreisung mag gut gemeint sein; sie ist aber teuer und kostet  
6 jeden Tag Menschen das Leben, weil sie nicht die Versorgung erhalten, die sie  
7 brauchen. Deutschland hat im OECD Vergleich mit die höchsten Kosten für das  
8 Gesundheitswesen bei einer immens gesteigerten Übersterblichkeit. Daher ist es  
9 notwendig das System der Kranken- und Pflegeversicherung in Deutschland neu zu denken.  
10 Die schrittweise Liberalisierung des Gesundheitswesens soll eine höhere Qualität der  
11 Gesundheitsversorgung zu geringeren Kosten für alle Bürgerinnen und Bürger  
12 gewährleisten, sodass jede Person die individuelle Leistung erhält, die sie  
13 benötigt.

14

### 15 **Phase 1: Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**

16 Um einen graduellen Übergang zu einer schrittweisen Liberalisierung zu ermöglichen,  
17 müssen zunächst die Schwächen des Systems von Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV)  
18 und Privater Krankenversicherung (PKV) angegangen werden. Dafür soll das staatliche  
19 Angebot der GKV in einen Wettbewerb mit den privaten Gesundheitsdienstleistungen  
20 treten. Nach Schweizer Vorbild soll der Deutsche Versicherungszwang durch eine  
21 allgemeine Pflicht zur Versicherung ersetzt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für  
22 den Eintritt in die PKV wird abgeschafft. Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern  
23 künftig möglich sein, zwischen den Dienstleistern der GKV und PKV frei zu entscheiden  
24 und beliebig zu wechseln. Kontrahierungszwänge, die Versicherungsnehmer fest an die  
25 GKV oder PKV fesseln, sollen untersagt und wettbewerbsrechtlich verfolgt werden. Um  
26 auch die Option privater Zusatzversicherungen attraktiver zu gestalten, soll die  
27 Abschaffung gesetzlicher Preiskontrollen für die Leistungen der Krankenversicherungen  
28 forciert werden. Dadurch werden wirtschaftliche Fehlallokationen durch staatliche  
29 Preiskontrollen vermieden und bessere Qualität der medizinischen Leistungen für  
30 Patientinnen und Patienten gesichert. Die Versicherungssteuer soll abgeschafft werden  
31 und stattdessen Versicherungen unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz fallen. Die  
32 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen von der Umsatzsteuer ausgenommen sein.  
33 Ebenso müssen Leistungen, die durch die gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden,  
34 sorgfältig geprüft werden. Das erprobte Instrument des Gemeinsamen Bundesausschusses  
35 (G-BA) ist am besten dafür geeignet, um evidenzbasiert medizinische Dienstleistungen  
36 in den Katalog der GKV mit aufzunehmen. Die schleichende Zentralisierung dieser  
37 Kompetenz in das Bundesgesundheitsministerium lehnen wir ab und fordern, dass künftig  
38 der G-BA diese Entscheidungen wieder ausschließlich trifft. Darüber hinaus muss bei  
39 einem modernen Gesundheitssystem die Prävention im Vordergrund stehen. Die  
40 gesetzlichen Leistungen, die der G-BA prüft, sollen in Zukunft deutlich stärker auf



41 Prävention ausgelegt werden, um schwere und kostenintensive Krankheitsbilder zu  
42 vermeiden und die Finanzierung generationengerechter und nachhaltiger zu gestalten.  
43 In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen ebenfalls die Schaffung größerer  
44 Transparenz für einzelne Dienstleistungen, indem die Patientinnen und Patienten der  
45 GKV auch Kenntnis über sämtliche Kosten ihrer Behandlung erhalten sollen. Nach  
46 Schweizer Vorbild soll für alle Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung eine  
47 gedeckelte Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer eingeführt sein. Die  
48 Selbstbeteiligung gilt für alle Leistungen unter einer angemessenen niedrigen  
49 Kostengrenze und wird durch den G-BA festgelegt.

50

## 51 **Phase 2: Einführung eines nachhaltigen Gesundheitssystems**

52 Selbst die notwendigen Reformen im staatlichen Gesundheitssystem können nicht die  
53 strukturellen Probleme staatlicher Umlagefinanzierung lösen. Daher soll nach der  
54 Einführung, der in Phase 1 beschriebenen Reformen, innerhalb von zehn Jahren der  
55 Übergang in ein nachhaltiges System der Gesundheitsversorgung geschaffen werden.  
56 Dabei sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen als Körperschaften öffentlichen  
57 Rechtes in private Trägerschaft überführt werden. Innerhalb der zehnjährigen  
58 Übergangsfrist sollen alle übrigen Mechanismen der staatlichen Preiskontrolle im  
59 Gesundheitssystem entfallen. Das gilt auch uns insbesondere für die Preiskontrolle  
60 von Medikamenten. Insbesondere in der Anfangszeit soll das Bundeskartellamt illegale  
61 Preisabsprachen kontrollieren und verhindern. Die Pflicht zur Versicherung gilt  
62 weiterhin für alle Deutschen Staatsbürger. Anbieter von Kranken- und  
63 Pflegeversicherungen dürfen keine Person aufgrund von Vorerkrankungen von ihren  
64 Versicherungsleistungen ausschließen.

65 **Alternative 1:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, soll nach Schweizer Vorbild  
66 ein gemeinsamer Fonds der Krankenkassen eingerichtet werden, aus dem  
67 Ausgleichszahlungen an die Träger finanziert werden, die Menschen mit  
68 schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen.

69 **Alternative 2:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, sollen Krankenkassen, die  
70 Menschen mit entsprechend schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen, eine  
71 Ausgleichszahlung aus Steuermitteln erhalten.

72 Die Versicherungsbeiträge sollen nicht länger einkommensabhängig erhoben werden,  
73 sondern sich am Gesundheitszustand und dem Erkrankungsrisiko des Individuums  
74 orientieren. Für soziale Härtefälle soll ein entsprechender Ausgleichsfonds nach dem  
75 Vorbild Singapurs eingerichtet werden. Die Versicherungsanbieter können hierbei  
76 gesundes Verhalten finanziell belohnen. Durch den finanziellen Anreiz ungesundes  
77 Verhalten zu unterlassen, wird die Gesundheit der einzelnen Individuen deutlich  
78 verbessert und gesunde Menschen müssen nicht für ungesundes Verhalten anderer  
79 Mitversicherter aufkommen. Dadurch, dass ungesund lebende Menschen sich freiwillig  
80 für das Zahlen höherer Versicherungsbeiträge entscheiden, entfällt auch jegliche  
81 Legitimation für die Beibehaltung staatlicher Lenkungssteuern. Daher sollen alle  
82 Lenkungssteuern, wie beispielsweise die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer,  
83 Alkopopsteuer, Biersteuer, Alkoholsteuer, Kaffeesteuer und Tabaksteuer, abgeschafft  
84 werden. Neue Lenkungssteuern wie beispielsweise die viel diskutierte Zuckersteuer  
85 lehnen wir ab.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Antrag 14: Die Gedanken sind frei – für ein bundesweites Betätigungsverbot des China-Scholarship-Council an Hochschulen**

Laufende Nummer: 173

Antragsteller\*in: BV Mitte

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Die Gedanken sind frei – für ein bundesweites Betätigungsverbot des China-**
- 2 **Scholarship-Council an Hochschulen**
- 3 Der Chinese-Scholarship-Council (CSC), der dem chinesischen Bildungsministerium und
- 4 damit unmittelbar mit der Kommunistischen Partei Chinas verbunden ist, vergibt
- 5 weltweit Stipendien, die zu einem Studien- bzw. Forschungsaufenthalt in China führen
- 6 können. Die hierfür zur Verfügung stehenden Universitäten sind größtenteils in hohem
- 7 Maße mit dem chinesischen Militär verwoben und bergen damit die omnipräsente Gefahr
- 8 der Spionage und Unterdrückung. Ein freies Studium ist mitnichten gewährleistet.
- 9 Gleichzeitig kontrolliert der China-Scholarship-Council chinesische Studierende im
- 10 Ausland und unterdrückt ihre in Deutschland und der EU geltenden Grundrechte.
- 11 Äußerungen oder Handlungen, die sich gegen die unklar definierten „Interessen des
- 12 Mutterlandes“ richten, ziehen rechtliche Konsequenzen in China nach sich. Diese
- 13 Handlungen sind sowohl im Hinblick auf die Forschungsaufenthalte in China als auch
- 14 die Kontrolle der Studierenden im Ausland sind mit dem Recht auf akademische Freiheit
- 15 und auf eine freie Meinungsäußerung in keiner Weise vereinbar.
- 16 Die Jungen Liberalen Berlin mögen daher beschließen:
- 17 • Sämtliche Aktivitäten des CSC in der Bundesrepublik Deutschland sind mit
- 18 sofortiger Wirkung zu unterbinden.
- 19 • Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Grundrecht auf ein freies Studium in
- 20 Deutschland auch für chinesische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger
- 21 sicherzustellen und chinesischen Studierenden, denen aufgrund ihrer
- 22 Meinungsäußerungen an deutschen Hochschulen ein Verfahren in der Volksrepublik
- 23 China bevorsteht, politisches Asyl zu gewähren.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 15: Für einen attraktiven Soldatenberuf

Laufende Nummer: 176

Antragsteller\*in: LAK Außen

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 Für einen attraktiven Soldatenberuf

2 Der Soldatenberuf muss wieder attraktiv werden. Hierfür müssen im Geschäftsbereich  
3 des BMVg erhebliche strukturelle Verbesserungen erfolgen.

4 Dies bedeutet konkret:

- 5 • Für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland sind gut ausgerüstete und  
6 einsatzbereite Streitkräfte imperativ. Hierfür notwendige personelle und  
7 strategische Ressourcen müssen vollständig und ausreichend verfügbar sein. Die  
8 Bundeswehr muss vollständig ausgerüstet sein. Alle für die Landesverteidigung  
9 relevanten Fähigkeiten wie Flugabwehr oder Langstreckenaufklärung müssen  
10 aufrechterhalten werden. Darüber hinaus streben wir die Ausstattung der Truppe  
11 mit ausreichenden Materialreserven an.
- 12 • Die Dezentralisierung des Personalmanagements und die Auflösung des BA Pers BW.  
13 Dafür soll ein Personalamt pro Teilstreitkraft geschaffen werden. Ein  
14 dezentrales Personalmanagement erlaubt den Teilstreitkräften bzw.  
15 Organisationsbereichen, nach ihren Bedarfen zu rekrutieren, verkürzt Prozesse  
16 zeitlich und schafft eine dauerhafte Zufriedenheit der Soldatinnen und Soldaten  
17 mit der Bundeswehr. Prinzipiell wollen wir die Zuständigkeit für Personalfragen  
18 auf die Divisionsebene als größte fachspezifische Organisationseinheiten  
19 auslagern. Wir wollen das bestehende Angebot des Berufsförderungsdienstes  
20 ausbauen und besser in der Truppe bewerben.
- 21 • Die Sicherstellung umfassender psychologischer Betreuungsangebote. Jedes  
22 Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr soll verpflichtend einen Psychologen  
23 oder eine Psychologin vorhalten müssen. Gleichsam wollen wir die  
24 Militärseelsorge säkular betrachten. Wir sprechen uns daher für die Abschaffung  
25 konfessionell gebundener Militärseelsorger aus.
- 26 • Die Abschaffung des Zulagenwesens in der Besoldung, da das gegenwärtige  
27 kleinteilige Zulagenwesen erhebliche Verwaltungskosten verursacht. Stattdessen  
28 fordern wir ein deutlich überdurchschnittliches Einstiegsgehalt unabhängig von  
29 der Art des Dienstes.
- 30 • Wertschätzung für die Reserve. Wir wollen Reservisten in allen  
31 Tätigkeitsbereichen der Bundeswehr sinnvoll einsetzen. Heranziehungen zu  
32 Reservedienstleistungen sollen kurzfristig möglich sein. Der  
33 Heranziehungsprozess für einfache Tätigkeiten, bspw. Objektschutz, sollte den  
34 Zeitraum von zwei Wochen nicht überschreiten. Weiterhin sollen besonders  
35 geeigneten Reservisten interessen- und qualifikationsgeleitet ansprechende  
36 Laufbahnen im Rahmen ihrer zivilen Verwendung ermöglicht werden, bspw. beim  
37 Bundesamt für Verfassungsschutz oder BND. Wir fordern die Einführung einer  
38 Freistellungspflicht für Reservedienstleistungen und Wehrübungen auf den  
39 öffentlichen Dienst.

- 40 • Die Schaffung niedrigschwelliger Angebote für Ungediente zur nebenberuflichen  
41 militärischen Grundausbildung.
- 42 • Der Zugang zu Informationsveranstaltungen an öffentlichen Schulen und  
43 Universitäten muss für die Bundeswehr in Kooperation mit den zuständigen  
44 Behörden möglich sein.
- 45 • Bestimmte Verwendungen für EU-Ausländer mit ausreichenden Deutschkenntnissen  
46 öffnen.
- 47 • Die automatische Anrechnung bestimmter militärisch erworbener Qualifikationen  
48 (wie bspw. Führerscheine der Klasse C oder im Rahmen der Ausbildung als Combat  
49 First Responder erlangte Fähigkeiten) auf zivile Ausbildungen ermöglichen.
- 50 • Die Schaffung von Anreizmodellen für freiwillig Wehrdienstleistende, bspw. in  
51 Form der Anerkennung von Wehrdienstzeiten als doppelte Wartesemester für  
52 zulassungsbeschränkte Studiengänge, unabhängig von der Fachrichtung oder im  
53 Rahmen von Zuschüssen zum Erwerb des Führerscheins.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 16: Sichere Radwege ohne ideologische Barrieren

Laufende Nummer: 177

Antragsteller\*in:

BV LiMaH

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Sichere Radwege ohne ideologische Barrieren**

2 Wir Jungen Liberalen Berlin stehen für eine ganzheitliche Verkehrspolitik, die nicht  
3 nach arbiträren Kriterien oder aus ideologischen Gründen einzelne Verkehrsträger  
4 ausschließt oder bevorzugt. Stattdessen sehen wir die Vorteile, Schwächen und  
5 Unterschiede der verschiedenen Verkehrsträger und setzen in unserem Verkehrskonzept  
6 darauf, potentielle Interessenkonflikte auszugleichen oder bestenfalls ganz zu  
7 verhindern. Fahrräder sind dabei ein integraler Bestandteil unserer Strategie und  
8 verdienen besondere Aufmerksamkeit.

9

10 Sichere Radwege - nicht auf Kosten der anderen

11 Als Junge Liberale Berlin verfolgen wir eine Verkehrspolitik, die es allen  
12 Verkehrsträgern erlaubt, sich sicher und effizient durch die Stadt zu bewegen. In  
13 diesem Sinne fordern wir den Ausbau kleinerer Parallelstrecken zu vielbefahrenen  
14 Hauptstraßen zu Fahrradstrecken. Damit schaffen wir eine bauliche Trennung zwischen  
15 Kfz- und Radverkehr, ohne dafür aus ideologischen Gründen Spuren auf  
16 Hauptverkehrsstraßen oder Kfz-Stellplätze zu binden.

17

18 Straßen gehören primär dem Auto nicht den Fahrrädern!

19 Die Jungen Liberalen fordern die konsequente Förderung und den Ausbau sicherer  
20 Radwege, um den Radverkehr von den Straßen zu verlagern. Fahrräder gehören nicht auf  
21 die Straße, da dies sowohl für Radfahrer als auch für Autofahrer ein erhöhtes  
22 Unfallrisiko darstellt. Wir fordern, dass Straßen primär dem Autoverkehr vorbehalten  
23 bleiben. Beim Ausbau von Fahrradwegen dürfen keine Parkplätze geopfert werden.

24 Auch im Sinne der Barrierefreiheit fordern wir JuLis Berlin zudem, den Anteil  
25 kopfsteingepflasterter Straßen in Berlin drastisch zu reduzieren.

26

27 Für eine umfassende Verknüpfung von ÖPNV und Fahrrad

28 Die Jungen Liberalen fordern die Einrichtung sicherer, unterirdischer und  
29 automatisierter Fahrradparkhäuser an allen S- und U-Bahn-Stationen, ähnlich wie in  
30 Japan. Diese Maßnahme soll die Sicherheit und den Komfort für Radfahrer erhöhen und  
31 den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten.

32 Um Fahrrad und ÖPNV besser zu verknüpfen, fordern wir die Einführung eines Upgrade-  
33 Modells für das Deutschlandticket, um die Mitnahme von Fahrrädern in Verkehrsmitteln  
34 des ÖPNV zu ermöglichen. Die Fahrradmitnahme soll dabei lediglich in dafür  
35 gekennzeichneten Bereichen möglich sein. Das Upgrade soll lediglich die Notwendigkeit  
36 ersetzen, in verschiedenen Verkehrsverbänden einzelne Tickets zur Fahrradmitnahme  
37 lösen zu müssen; eine Beförderungsgarantie soll hiermit nicht verbunden sein.

38 Darüber hinaus fordern wir, im ÖPNV räumlich effizientere Möglichkeiten zur Mitnahme  
39 von Fahrrädern zu prüfen.

40

#### 41 Linksabbiegen für Radfahrer sicher gestalten

42 Insbesondere im Großstadtverkehr gestaltet sich das Linksabbiegen für Radfahrer  
43 häufig gefährlich. Wir fordern daher, Möglichkeiten zum sicheren Abbiegen für  
44 linksabbiegende Radfahrer insbesondere an Hauptverkehrsstraßen konsequent umzusetzen,  
45 beispielsweise in Form von separaten Spurführungen mit eigener Ampelschaltung oder  
46 durch Fahrradbrücken.

47

#### 48 Klare Regeln für mehr Sicherheit im Radverkehr

49 Eine ganzheitliche Verkehrspolitik bedeutet auch, dass es für die Benutzer einzelner  
50 Verkehrsträger keine Narrenfreiheit geben darf. Vor diesem Hintergrund fordern wir  
51 JuLis Berlin, StVO-Verstöße von Radfahrern stärker zu ahnden. Gleichsam wollen wir  
52 die Verkehrssicherheit von Fahrrädern konsequenter kontrollieren.

53 Wir stehen einer Helmpflicht kritisch gegenüber, befürworten jedoch eine Kürzung von  
54 Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder ähnlichen Systemen bei  
55 fahrlässigem Nichttragen eines Helmes und daraus resultierenden Verletzungen.  
56 Weiterhin fordern wir, einen klaren regulatorischen Rahmen für die Nutzung von  
57 Lastenrädern zu schaffen. Der Transport schwerer Gegenstände oder gar von Personen  
58 gefährdet nicht nur den Fahrer, sondern auch andere Verkehrsteilnehmer. Vor diesem  
59 Hintergrund fordern wir eine Anpassung der StVO, um für Lastenräder klare und  
60 kontrollierbare Sicherheitsanforderungen zu definieren. Dies gilt in besonderem Maße  
61 für die Mitnahme von Kindern auf einem Lastenrad.

62

63

#### 64 Gleiches Recht für alle - Fahrräder beim Amt mit Kennzeichen versehen!

65 Die Jungen Liberalen fordern die Einführung einer Kennzeichenpflicht für Fahrräder,  
66 um gleiche Rechte und Pflichten für alle Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Ähnlich  
67 wie bei E-Rollern würde dies die Nachverfolgbarkeit und Verantwortlichkeit im  
68 Straßenverkehr erhöhen.

69

#### 70 Pflicht zur Haftpflicht

71 Die Jungen Liberalen fordern die Einführung einer verpflichtenden  
72 Haftpflichtversicherung für E-Bikes, um den Schutz aller Verkehrsteilnehmer zu  
73 gewährleisten. Es ist unverständlich, warum E-Roller eine Haftpflichtversicherung  
74 benötigen Elektrofahräder davon ausgenommen sind.

75

#### 76 Lockerung statt starre Regeln

77 Die Jungen Liberalen fordern die Lockerung der Beschränkungen zur Nutzung von  
78 Mobiltelefonen auf dem Fahrrad, sodass Musik und Navigation erlaubt sind, jedoch ohne  
79 Noise-Cancelling-Funktion.

80

### Freie Fahrt für Freie Bürger

81 Jungen Liberalen plädieren für die Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung für E-  
82 Bikes, unter der Voraussetzung, dass die Fahrer die Kontrolle über ihr Fahrzeug gemäß  
83 der StVO behalten.

84

### Sicher unterwegs mit Führerschein

85 Die Jungen Liberalen fordern die Einführung eines verpflichtenden  
86 Fahrradführerscheins in der Grundschule, ähnlich den Schwimmkursen in Berlin, um die  
87 Verkehrssicherheit von Kindern zu erhöhen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.



## Antrag 17: Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus

Laufende Nummer: 178

Antragsteller\*in:

BV LiMaH

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 **Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus**

2 Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger leiden in der Bundesrepublik Deutschland unter  
3 einem regelrechten Bürokratie-Burnout. Obwohl sich hinsichtlich des Abbaus von  
4 Bürokratie merkbare positive Entwicklungen unter der Ampel-Regierung konstatieren  
5 lassen, bleibt der Bürokratieabbau eine staatliche Daueraufgabe. In diesem Kontext  
6 halten wir Junge Liberale Berlin es für angebracht, für eine konsequente Reduzierung  
7 der Bürokratie und der Verwaltungskosten bei der Organisation der Bundes- und  
8 Landesregierungen anzusetzen. Gerade hier besteht die Möglichkeit, redundante  
9 Strukturen effizienter zu strukturieren.

10 Wir Junge Liberale Berlin fordern daher, folgende Bundesministerien aufzulösen:

- 11 • Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Trotz der  
12 Einführung des BMWSB sind die Hürden für den Wohnungsbau weiterhin sehr hoch;  
13 auch hat das Ministerium nicht für die Erreichung der im Koalitionsvertrag  
14 verankerten Neubauziele der Bundesregierung
- 15 • Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir  
16 JuLis Berlin bekennen uns klar zu der humanitären Verantwortung der  
17 Bundesrepublik Deutschland. Weiterhin sehen wir in der Entwicklungspolitik ein  
18 zentrales außenpolitisches Instrument. Nichtsdestoweniger halten wir es nicht  
19 für justified, für diese genuin außenpolitischen Aufgaben ein separates  
20 Bundesministerium beizubehalten. Ggf. halten wir es für sinnvoll, das BMZ in ein  
21 Bundesamt im Geschäftsbereich des Auswärtiges Amtes zu überführen.
- 22 • Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und  
23 Verbraucherschutz. Im Falle des BMUV ist davon auszugehen, dass seine Aufgaben  
24 auch von anderen Bundesministerien bzw. den aktuell dem BMUV nachgeordneten  
25 Bundesämtern wahrgenommen werden könnten.

26 Notwendige Zuständigkeitsbereiche der Ministerien sollen entsprechend des  
27 Geschäftsverteilungsplans der Bundesregierung neu zugeordnet werden. Populistische  
28 Forderungen nach der Fusion von Ministerien nach arbiträren Kriterien erteilen wir  
29 JuLis Berlin eine klare Absage.

30 Darüber hinaus fordern wir eine einfachgesetzliche Regelung, die die Anzahl an  
31 Bundesministerien auf die hier zuvor geforderte Menge der übrigen Ministerien  
32 begrenzt.

33 Regierungsbeauftragte der Bundes- und Landesregierung mit eigenen Stäben wollen wir  
34 abschaffen. Wichtige Beauftragungen sollen stattdessen von leitenden  
35 Ministerialbeamten wahrgenommen werden. Insbesondere sehen wir die Vergabe von  
36 Regierungsbeauftragten-Posten an „einfache“ Parlamentarier kritisch. Diese Praxis  
37 wollen wir beenden und so die Gewaltenschränkung zwischen Regierung und Parlament  
38 reduzieren.

- 39 Weiterhin fordern wir die Herauslösung des Bundesrats aus dem Etat des Bundes. Für  
40 die Finanzierung des Bundesrates sollen stattdessen künftig die Länder aufkommen.
- 41 Langfristig ist es unser Ziel, die Zahl der Beschäftigten in Behörden des Bundes oder  
42 der Länder erheblich zu reduzieren. Hierfür setzen wir insbesondere auf eine  
43 effizientere Strukturierung der Verwaltung, eine konsequente Digitalisierung und den  
44 Einsatz von KI zur Einsparung personeller und finanzieller Ressourcen sowie zur  
45 Automatisierung von Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger.
- 46 Darüber hinaus wird der Landesvorstand aufgefordert, den Beschluss „Staat auf die  
47 Waage - Anzahl der Bundesministerien radikal verringern!“ des zweiten  
48 Landeskongresses 2024 aus der Beschlusslage zu streichen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 18: Kein grünes Licht für Blau-Macher

Laufende Nummer: 179

Antragsteller\*in: BV TS

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Kein grünes Licht für Blau-Macher
- 2 Seit der Corona-Pandemie sind die Krankenstände in Behörden und Unternehmen in
- 3 Deutschland bedeutend angestiegen – ohne, dass eine analoge Zunahme von Infekten und
- 4 Erkrankungen im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit erkennbar wäre. Mit dieser Entwicklung
- 5 hebt sich Deutschland einmal mehr negativ von seinen europäischen Nachbarn ab und
- 6 verliert erhebliches wirtschaftliches Potenzial, wenn Arbeitskapazitäten nicht
- 7 genutzt werden.
- 8 Die Jungen Liberalen Tempelhof-Schöneberg fordern daher die Einführung eines
- 9 Karenztags nach schwedischem Vorbild, sodass grundsätzlich erst ab dem zweiten
- 10 Krankheitstag eine Entgeltfortzahlung erfolgt. Für den ersten Krankheitstag erhält
- 11 der Arbeitnehmer somit kein Gehalt, sondern wird ohne Lohnfortzahlung freigestellt.
- 12 Abweichende Regelungen sollen in Arbeitsverträgen aufgenommen bzw. von Tarifparteien
- 13 ausgehandelt werden können.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 19: Demokraten verbinden – Eine Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Taipeh

Laufende Nummer: 180

Antragsteller\*in: BV TS

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Demokraten verbinden – Eine Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Taipeh
- 2 Taipeh ist eine Hauptstadt, welche die Geschichte eines ganzen Landes in seiner
- 3 Architektur und Kultur widerspiegelt. Sie zeigt ein großes und vielfältiges
- 4 kulturelles Erbe, doch ist gleichzeitig durch die Folgen zweier grausamer Kriege
- 5 gezeichnet von Verlust und Zerstörung. Nichts desto trotz ist Taipeh heute eine Stadt
- 6 der Forschung, des Fortschritts und der Demokratie. Eine Historie, welche Berlin und
- 7 Taipeh verbindet. Gleichzeitig stehen beide Städte vor ähnlichen Herausforderungen.
- 8 Taipeh ist eine Metropole, welche sich wie Berlin in einem starken Strukturwandel hin
- 9 zu einer klimafreundlichen und technologischen Stadt befindet. So zeigt Taipeh, wie
- 10 in einer Stadt durch den Einsatz modernster Technologie der ÖPNV attraktiver wird und
- 11 wie die Chancen der Digitalisierung verantwortungsvoll im Einklang mit freiheitlich
- 12 demokratischen Werten genutzt werden können. Nun stellt sich diese moderne Metropole
- 13 der ökologischen Transformation. Hier kann durch einen intensiven politischen
- 14 Austausch von und miteinander gelernt werden. Doch trotz dessen befinden sich diese
- 15 beiden Metropolen in so gut wie keinem Austausch. Daher ist es unabdingbar, dass
- 16 Berlin und Taipeh wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich eng zusammenrücken
- 17 und gemeinsam für eine freiheitliche, demokratische Gesellschaftsordnung eintreten.
- 18 Hierfür ist die Zusammenarbeit von Taipeh und Berlin in vier Bereichen zu stärken.
- 19 1. Einen politischen Austausch pflegen.
- 20 Hierzu soll sowohl der Senat als auch das Abgeordnetenhaus mit den politischen
- 21 Würdenträgern Taipehs in einen intensiven und regelmäßigen Austausch treten. Hierfür
- 22 sind Besuche des Senates sowie der Fraktion in Taipeh regelmäßig zu entrichten.
- 23 2. Kulturen einander näherbringen.
- 24 Hierfür sollen Museen Gäste aus Taipeh einladen und selbst regelmäßig in Taipeh als
- 25 Gastausteller auftreten, aber auch vermehrt Exponate nach Taipeh ausleihen. Gleiches
- 26 gilt für Konzerthäuser und deren Orchester, welche ihre Tätigkeiten in Taipeh
- 27 verstärken sollen.
- 28 3. Miteinander Forschen.
- 29 Hierfür sollen künftig durch mehr Gastprofessuren und einem Austausch von
- 30 Studierenden, der Weg bereitet werden zu einer engen Zusammenarbeit in der Forschung,
- 31 wodurch beide Städte den Fortschritt entschieden voranbringen können. Dazu soll das
- 32 Land Berlin jährlich Stipendien für Berliner Studenten vergeben, um ein
- 33 Auslandssemester bzw. Auslandjahr zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen den Studenten
- 34 aus Taipeh vermehrt das Auslandsstudium an Berliner Hochschulen ermöglicht werden.

35 4. Wirtschaftlich zusammenarbeiten.

36 Um hier neue Synergien freizusetzen ist von der Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
37 Energie und Betriebe zusammen mit dem Land Brandenburg vor Ort ein Berlin Business  
38 Desk Taipeh einzurichten. Hierdurch soll sowohl der Markteintritt für die Unternehmen  
39 aus Taipeh in Berlin und Umgebung, als auch der Markteintritt deutscher Unternehmen  
40 nach Taipeh deutlich erleichtert werden.

41 Das Ziel dieser Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit mit Taipeh sollte die  
42 Etablierung einer Städtepartnerschaft sein. Durch diese Partnerschaft können zwei  
43 gleichgesinnte Gesellschaften ihre Verbundenheit und ihren gegenseitigen Respekt zum  
44 Ausdruck bringen. Berlin könnte hierbei eine Vorbildfunktion für ganz Deutschland  
45 übernehmen. Flankierend setzen wir uns dafür ein, dass auch die Berliner Bezirke  
46 Städtepartnerschaften mit den Bezirken Taipehs aufbauen.

47 Als nächsten Schritt müssen die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und  
48 der Republik China (Taiwan) gestärkt werden. Dies soll durch die Einreiseerlaubnis  
49 für hochrangige Vertreter wie dem Staatspräsidenten, Premierminister,  
50 Parlamentspräsidenten und dem Präsidenten des Verfassungsgerichts erfolgen. Danach  
51 soll der kulturelle, akademische und ökonomische Austausch intensiviert werden.  
52 Langfristig muss Deutschland die Republik China (Taiwan) als souveränen Staat  
53 anerkennen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 20: Ein Fahrradsanktionsmarathon für Berlin

Laufende Nummer: 181

Antragsteller\*in: Philip Schmidt

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Ein Fahrradsanktionsmarathon für Berlin
- 2
- 3 Die Polizei Berlin soll dazu verpflichtet werden, an vier Tagen im Jahr einen gegen
- 4 Verkehrssünder auf dem Fahrrad gerichteten Sanktionsmarathon, nach dem Vorbild eines
- 5 Blitzermarathons, durchzuführen. Personelle Ressourcen sind seitens der
- 6 Senatsverwaltung für Inneres, ggf. unter Zuhilfenahme von Amtshilfe aus anderen
- 7 Bundesländern, in ausreichender Form zur Verfügung zu stellen.
- 8 Begründung: Fahrradfahrer machen in Berlin einen wesentlichen Teil des
- 9 Straßenverkehrs aus. Dies geht mit vielen Ordnungswidrigkeit einher, die jedoch
- 10 mangels Kennzeichen am Fahrrad kaum verfolgt werden können.
- 11 Ein Fahrradkontrollmarathon, ähnlich eines Blitzermarathons, könnte einen
- 12 erheblichen Teil zur Verkehrssicherheit beitragen sowie Fahrradfahrer zu rechtstreuem
- 13 Verhalten anleiten.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 21: Gefallenendenkmal für den Afghanistan-Einsatz in das Herz der Hauptstadt

Laufende Nummer: 182

Antragsteller\*in: Philip Schmidt

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Gefallenendenkmal für den Afghanistan-Einsatz in das Herz der Hauptstadt
- 2 Der Berliner Senat soll in Berlin ein Gefallenendenkmal für den Bundeswehreininsatz in
- 3 Afghanistan an prominenter Stelle errichten.
- 4 Die optische Gestaltung soll sich an Denkmälern für vergleichbare Kriege und
- 5 Militäreinsätze wie bspw. das Vietnam Veterans Memorial in Washington D.C. oder das
- 6 Falkland Campaign Memorial in London orientieren.
- 7 Das Denkmal sollte an prominenter Stelle in Berlin platziert werden und eine ähnliche
- 8 Sichtbarkeit haben wie das sowjetische Ehrenmal am Tiergarten.
- 9 Es sollte eine Grundfläche haben, die der Tragweite des Einsatzes gerecht wird.
- 10 Es soll an die Gefallenen namentlich erinnert werden. Weiterhin sollen sämtliche
- 11 Einsatzkontingente verewigt werden.
- 12 Das Denkmal soll als besonderes nationales Denkmal rund um die Uhr polizeilich
- 13 bewacht werden oder so gestaltet werden, dass es gegen Vandalismus geschützt ist.
- 14

### Begründung

#### Begründung:

Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan dauerte fast 20 Jahre, kostete 58 deutschen Soldaten das Leben und war der bisher größte und längste Auslandseinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Es wurden große Opfer für diesen Einsatz gebracht, was in der deutschen Bevölkerung im Verlauf des Einsatzes kaum wahrgenommen wurde.

Nach dem Einsatz entstand der Eindruck, dass bis auf einen Bundestagsuntersuchungsausschuss, das Thema nicht in hinreichender Form aufgearbeitet wird.

Ein Gefallendenkmal im Herzen der Hauptstadt soll diesen Fehler berichtigen und den Angehörigen der Gefallenen einen Ort der Trauer geben sowie ein Gefühl der Wehrschätzung der eigenen Opfer bieten.

## Antrag 22: Mit fliegenden Fahnen

Laufende Nummer: 183

Antragsteller\*in: BV Reinickendorf

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Mit fliegenden Fahnen**

2

3 Schwarz-Rot-Gold sind für uns Deutsche symbolträchtige Farben. Bereits 1832 auf dem  
4 Hambacher Fest versammelten sich die Teilnehmer unter ihnen in ihrem Streben nach  
5 Freiheit, Bürgerrechten und deutscher Einheit. Mit dem Inkrafttreten des  
6 Grundgesetzes wurden diese Farben als die unserer Bundesflagge festgelegt. Die von  
7 der Bundesflagge und ihren Farben symbolisierten Werte gehören uns als Mitte der  
8 Gesellschaft. Daher dürfen wir unsere Farben nicht dem rechten Rand überlassen.

9 Um dieses Verständnis unserer Farben wieder in das Bewusstsein der Bürger zu rücken,  
10 fordern wir Junge Liberale, dass auch in Deutschland eine Tradition der sog. Flyovers  
11 eingeführt wird. Damit sind Überflüge zumeist militärischer Flugzeuge gemeint, die in  
12 geringer Höhe fliegen und dabei hinter sich schwarz-rot-goldenen Rauch versprühen.  
13 Die Luftwaffe wird angehalten, sich hierfür geeignete Flugformationen auszudenken und  
14 den Rauch zu beschaffen.

15 Die Überflüge sollen sich auf Ereignisse nationaler Bedeutung, die in besonderer  
16 Weise die Werte unserer Farben feiern, konzentrieren. Dazu zählen insbesondere das  
17 DFB-Pokalfinale, das jährliche Fest zum Tag der Deutschen Einheit, die Wahl des  
18 Bundespräsidenten oder die konstituierende Sitzung des Bundestags.

### Begründung

Erfolgt mündlich.



## Antrag 23: Leistungsorientierte Verwaltung - mehr PS, weniger Gewicht

Laufende Nummer: 184

Antragsteller\*in: BV Reinickendorf

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 Leistungsorientierte Verwaltung - mehr PS, weniger Gewicht

2

3 Der Verwaltungsapparat unseres Landes wächst seit der Jahrtausendwende ununterbrochen  
4 und nimmt ein Ausmaß an, welches dringenden Handlungsbedarf aufweist. Neben der  
5 wachsenden Anzahl an Tarifbeschäftigten und Beamten sind komplexe Regelwerke und  
6 zunehmende Aufgabenfelder der Grund für die aktuelle Ineffizienz der Verwaltung.  
7 Lange Bearbeitungszeiten für Bauanträge und die aufwändige Zeiterfassung in Excel-  
8 Listen sind nur zwei Beispiele für die unbefriedigenden Prozesse der Verwaltung.  
9 Investitionen von Unternehmen und Privathaushalten in die Zukunft hängen oftmals in  
10 der Verwaltung fest und sorgen für unzumutbare Bedingungen, wie dem derzeitigen  
11 Wohnungsmarkt einiger Großstädte, dem Sanierungsstau vieler Gebäude oder auch der  
12 geringeren Verfügbarkeit von Terminen bei Bürgerämtern.

13

14 Die Privatwirtschaft und die Bevölkerung leiden unter dem schwerfälligen  
15 Verwaltungsapparat, obwohl dieser in erster Linie dem Volk dienen sollte. Dieses  
16 Kuriosum gilt es anzugehen.

17

18 Wir haben eine deutliche Effizienzsteigerung der Verwaltung als Ziel und fordern  
19 daher den Staat auf, keine weitere Bürokratie und Regulierung für Unternehmen und  
20 Verwaltung ohne die gleichzeitige Entlastung im selben Ausmaß an gleicher oder  
21 anderer Stelle einzuführen. Zudem soll eine leistungsorientierte Kultur in der  
22 Verwaltung eingeführt werden. Dies soll durch die Nutzung von Leistungskennzahlen  
23 (KPIs) erreicht werden, diese sind in der Wirtschaft bereits breit verwendeter  
24 Standard und sorgt dort für steigende Effizienz. Durch die Einführung der KPIs können  
25 Prozesse und Mitarbeiter nicht nur leistungsorientiert bewertet werden, sondern der  
26 Einsatzbereich der Mitarbeiter auch bedarfsorientiert gesteuert werden.

27

28 Vorstellbar wäre hier die Festlegung eines Ziels an erfolgreich erledigten Vorgängen  
29 in einem definierten Zeitbereich. Damit verbunden ist eine leistungsgerechte  
30 Vergütung zur Anreizsetzung sinnvoll. Diese könnte beispielsweise eine an erreichte  
31 KPIs oder bearbeiteter Vorgänge orientierte Bonuszahlung und ein Zeitguthabenkonto  
32 auf Basis der Vorgangsdauer, das Mitarbeitern ermöglicht, Überstunden auf- und  
33 abzubauen. Um Diskriminierung und widerrechtliches Tracking zu vermeiden sowie  
34 rechtliche Sicherheit zu gewährleisten, soll eine juristische Prüfung des  
35 Gleichbehandlungsgrundsatzes und anderer, relevanter Rechtsgrundsätze vorgenommen  
36 werden. Auch ist bei der leistungsgerechten Vergütung auf den maßvollen Einsatz der  
37 Steuermittel, mit denen Staatsangestellte vergütet werden, zu achten. Schon jetzt ist

38 der Staat mit über 5 Mio. Beschäftigten der größte und gilt als einer der  
39 attraktivsten Arbeitgeber des Landes.

40

41 Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll zu einem schnelleren, effizienteren  
42 und kostengünstigeren Verwaltungsapparat führen, der von der breiten Bevölkerung  
43 akzeptiert wird und den Fortschritt sowie die Entwicklung unserer Gesellschaft  
44 fördert.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 24: VW aus den Fesseln des Staats befreien

Laufende Nummer: 185

Antragsteller\*in: BV FKN

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 VW aus den Fesseln des Staats befreien

Volkswagen (VW), eines der bedeutendsten deutschen Unternehmen, steht derzeit aufgrund enttäuschender Absatzzahlen und einer stagnierenden Marktentwicklung im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Die Jungen Liberalen Berlin sehen die Ursachen dieser Krise nicht nur in wirtschaftlichen Herausforderungen, sondern auch in den strukturellen Einschränkungen, denen das Unternehmen aufgrund von übermäßiger staatlicher Einflussnahme unterliegt. Insbesondere das VW-Gesetz (VWGmbHÜG) sowie die starke Beteiligung des Landes Niedersachsen verhindern, dass das Unternehmen sich flexibel und marktorientiert auf die globalen Herausforderungen der Automobilbranche einstellen kann. Durch diese staatlichen Eingriffe wird VW in seiner unternehmerischen Freiheit beschnitten, was sich negativ auf seine Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft auswirkt.

13

Die Jungen Liberalen Berlin streben eine grundlegende Reform der staatlichen Einflussnahme auf Volkswagen an, um dem Unternehmen wieder die notwendige unternehmerische Freiheit zu verschaffen. Ziel ist es, VW aus der engen Umklammerung des Staates zu befreien und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, wie sie für andere deutsche Unternehmen gelten.

19

Daher fordern wir die

#### 1. Abschaffung des VW-Gesetzes (VWGmbHÜG):

Das sogenannte VW-Gesetz stellt eine Sonderregelung dar, die die Aktionärsstruktur und die Mitbestimmungsrechte bei Volkswagen erheblich beeinflusst. Es schafft eine schlechtere Wettbewerbsposition, da für VW andere Bedingungen gelten als für alle anderen deutschen Unternehmen. Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher die Aufhebung dieser Sonderregelungen, um gleiche Rechte und Pflichten für alle Unternehmen zu gewährleisten und VW somit die volle unternehmerische Handlungsfähigkeit zurückzugeben.

#### 2. Veräußerung der Anteile des Bundeslandes Niedersachsen:

Die Beteiligung des Landes Niedersachsen an Volkswagen erweist sich als ein erheblicher Hemmschuh für eine marktorientierte Unternehmenspolitik. Durch die Mitbestimmung des Landes fließen politische Interessen in unternehmerische Entscheidungen ein, die nicht immer mit den wirtschaftlichen Erfordernissen des Unternehmens übereinstimmen. Die Jungen Liberalen Berlin fordern deshalb den Rückzug des Landes Niedersachsen aus der VW-Aktionärsstruktur.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 25: Ärztliche Versorgung statt Bürokratiewahnsinn

Laufende Nummer: 186

Antragsteller\*in:

BV FKN

Die Versammlung möge beschließen:

### 1 **Ärztliche Versorgung statt Bürokratiewahnsinn**

2

3 Klinikärztinnen und -ärzte verbringen ca. drei bis vier Stunden pro Tag mit  
4 Dokumentationen und anderen Verwaltungsangelegenheiten, die dann der direkten  
5 Patientenbehandlung fehlen und oftmals keine Verbesserung der medizinischen Leistung  
6 mit sich bringen. Im niedergelassenen Bereich sind es 7,4 Stunden in der Woche bzw.  
7 60 Tage im Jahr. Dies sind somit 60 verlorene Tage für Patientinnen und Patienten. In  
8 Zeiten des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels kann sich das deutsche  
9 Gesundheitssystem eine Verschwendung von Arbeitskraft nicht leisten. Dieser  
10 Zeitaufwand durch Dokumentations- und Abfragepflichten, durch Strukturprüfungen und  
11 vieles mehr kostet nicht nur viel Zeit, sondern stellt auch eine erhebliche  
12 Zusatzbelastung für Ärztinnen und Ärzte - insbesondere in Zeiten des  
13 Fachkräftemangels und der eh schon hohen Arbeitsbelastung mit vielen Überstunden -  
14 dar. So haben sogar zwei Drittel der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte schon mal  
15 darüber nachgedacht, ihre Praxis unter diesen Rahmenbedingungen nicht weiterzuführen.  
16 Dabei spielt auch die oft lückenhafte Digitalisierung eine große Rolle, da  
17 Schnittstellen zum Teil nicht gut ineinandergreifen und damit digital erfasste Daten  
18 doch wieder manuell eingegeben werden müssen. Im Rahmen der  
19 Krankenhauskapazitätssurveillance (KHKapSurv) in Verbindung mit dem  
20 Infektionsschutzgesetz (§13 Abs. 7 IfSG) müssen so weiterhin täglich die belegbaren  
21 somatischen Betten auf der Normalstation und Intensivstation durch die Krankenhäuser  
22 gemeldet werden- trotz einer derzeit nicht-pandemischen Lage, unzureichenden  
23 Schnittstellen und stellenweise Doppelmeldungen auf Landesebene.

24

25 Zeitgleich warten viele ausländische Ärztinnen und Ärzte auf die Bewilligung ihrer  
26 Approbation hier in Deutschland. So haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs  
27 auf die Ukraine 1.674 Ukrainerinnen und Ukrainer eine Bewerbung auf die deutsche  
28 Approbation eingereicht - im August 2024 waren jedoch nur rund 11% der Anträge  
29 bewilligt. Bei starkem Ärztemangel verzichtet Deutschland auf über 1.400 Ärztinnen  
30 und Ärzte - und dies nur aus der Ukraine. Auch viele weitere ausländische Ärztinnen  
31 und Ärzte aus anderen Ländern warten noch auf die Bewilligung der Approbation. Jedes  
32 Bundesland hat dabei eigene überbürokratisierte Anerkennungsverfahren.  
33 Hochqualifiziertes ärztliches Personal wird so zum Warten gezwungen, während die  
34 Kolleginnen und Kollegen jeden Handschlag dokumentieren müssen.

35

36 Zwar hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ein Eckpunktepapier zum  
37 verbesserten Bürokratieabbau 2023 erstellt, dieses greift zu kurz und zeigt keine  
38 konkreten Maßnahmen auf. Teilweise kommen sogar Maßnahmen hinzu, die zu noch mehr  
39 Bürokratie führen. So zum Beispiel die im Juli 2024 im Medizinforschungsgesetz (MFG)

40 beschlossene minutengenaue Dokumentation von Leistungen. Eine minutengenaue  
41 Dokumentation der Einsatzzeit von Fachärztinnen und Fachärzten nach Leistungsgruppen  
42 stellt einen erheblichen Mehraufwand dar – zumal davon auszugehen ist, dass von  
43 dieser Regelung drei Viertel, der in den Krankenhäusern stationär behandelten Fälle  
44 betroffen sind.

45 Auch die Organe der Selbstverwaltung wie der Medizinische Dienst, die Krankenkassen  
46 oder der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) sind für ihre ausufernde Bürokratie  
47 bekannt und belasten insbesondere die Praxen mit zahlreichen zeitraubenden Anfragen.  
48

49 Wir Jungen Liberale möchten das ärztliche Personal im niedergelassenen Bereich und in  
50 den Krankenhäusern entlasten und eine verbesserte patientenzentrierte Versorgung  
51 ermöglichen. Bürokratieabbau ist dabei eine notwendige Voraussetzung.  
52

53 Daher fordern wir:

- 54 **1. die Nachweispflichten auf ein Mindestmaß zu reduzieren:** Es muss überprüft  
55 werden, ob Sachverhalte nicht nur einmal aufbereitet werden müssen und ggf. auch  
56 aus Routine- oder Sozialdaten gewonnen werden können.
- 57 **2. jede neue bürokratische Vorgabe zuvor auf Notwendigkeit zu überprüfen** und auch  
58 die davon betroffenen Ärztinnen und Ärzte anhören, denn diese können aus der  
59 Praxis berichten und auf unnötige Regelungen aufmerksam machen. Zudem muss  
60 geprüft werden, wieviel zusätzliche Zeitbelastung durch neue Regelungen  
61 entsteht. Alle bürokratischen Maßnahmen, die dabei keinen nachgewiesenen Nutzen  
62 in der Patientenversorgung ergeben, sollten abgeschafft werden. Bei künftigen  
63 Vorhaben soll auf eine offene Multi-Stakeholder-Beteiligung gesetzt werden.  
64 Erfahrungen aus der Praxis sollen dabei stärker berücksichtigt werden.
- 65 **3. offene Schnittstellen herzustellen und Digitalisierung mitdenken:**  
66 Softwareanbieter sollen verpflichtet werden, eine Datenarchitektur mit  
67 standardisierten Schnittstellen herzustellen.
- 68 **4. den Anerkennungsprozess ausländischer Abschlüsse im ärztlichen Bereich zu vereinfachen,**  
69 durch digitale Prozesse und eine zentralisierte Organisation auf  
70 Bundesebene. Der Prozess muss effizienter und schneller gestaltet werden, damit  
71 die jeweiligen Ärztinnen und Ärzte schneller im deutschen Gesundheitswesen tätig  
72 werden können. Dabei muss zum Schutz der Patientinnen und Patienten aber  
73 weiterhin gewährleistet werden, dass die fachlichen und sprachlichen  
74 Voraussetzungen gegeben sind.
- 75 **5. Meldeverpflichtungen reduzieren,** durch die Verschlinkung der KHKapSurv sowie  
76 Beschränkung der Meldung zu Infektionskrankheiten gemäß IfSG auf die  
77 Labormeldungen nach §7 IfSG.
- 78 **6. Anfragen von Krankenkassen, dem Medizinischen Dienst etc. zu reduzieren:** Bereits  
79 vorhandene Informationen sollten nicht erneut erfragt werden. Zudem sollten  
80 Formulare und Fragebögen der Krankenkassen und des Medizinischen Dienstes  
81 gesetzlich vereinheitlicht werden, um Informationen leichter übermitteln zu  
82 können.
- 83 **7. Vereinfachung der Zulassung zur Leistungserbringung:** Bei den sog. Verfahren zu

84 neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (NUB-Verfahren) müssen Jahr für  
85 Jahr die gleichen Anträge erneut gestellt werden, und zwar jedes Krankenhaus  
86 einzeln. Bei solchen und ähnlichen Verfahren sollte es die Möglichkeit für  
87 Sammelanfragen geben. Zudem sollte die Pflicht abgeschafft werden, diese  
88 Anfragen jedes Jahr neu zu stellen, insbesondere, wenn die Anträge bereits im  
89 Vorjahr bewilligt wurden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.